

## **Kapitel 3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen**



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 26.01.2025  
Tagesordnungspunkt: WP-K3 Kapitel 3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

### **Antragstext**

- 1 Unsere Demokratie ist das Fundament unseres Landes. Sie stellt das in den
- 2 Mittelpunkt, was uns zusammenhält: die Freiheit und die Würde aller Menschen.
- 3 Unsere Demokratie ist Gemeinsamkeit in Vielfalt und sie ist wehrhaft. Sie lebt
- 4 von einer gemeinsamen demokratischen Kultur ebenso wie von starken,
- 5 rechtsstaatlichen Institutionen. Und sie lebt von einem starken Europa.
  
- 6 Demokratie geht von den Bürger\*innen aus – und hat deshalb die Kraft des
- 7 Zusammenhalts. Liberale Demokratie heißt Rechtsstaatlichkeit und
- 8 Gewaltenteilung, Schutz von Minderheiten und von individuellen Freiheitsrechten
- 9 sowie freier Wettbewerb um die beste Idee und Lösung - und hat deshalb die Kraft
- 10 zur Erneuerung, die Kraft, die drängenden Probleme zu lösen. Sie lebt von
- 11 gegenseitiger Zuwendung, vom Streit in Respekt, von der Kompromiss – und
- 12 Koalitionsbereitschaft unter Demokrat\*innen. Im Angesicht der Bedrohungen für
- 13 unsere Demokratie kommt es darauf an: Wir müssen uns als Land auf unsere
- 14 demokratische Kraft neu besinnen. Unsere Demokratie stärken heißt, sie nach
- 15 innen lebendig und repräsentativ zu halten. Demokratie stärken heißt, jetzt die
- 16 drängenden Zukunftsfragen anzugehen. Demokratie stärken heißt,
- 17 Widerstandsfähigkeit gegen Demokratiefeind\*innen und Angriffe auf die Integrität
- 18 von Wahlen, unsere Werte und Institutionen zu bilden.
  
- 19 Unser Land weiß um seine Kraft als Einwanderungsland, das Menschen willkommen
- 20 heißt und Schutz bietet – im Inneren vereint und mit der Welt verbunden,
- 21 streitbar unter Demokrat\*innen, aber mit klarer Kante gegen Diskriminierung.
- 22 Unsere Demokratie entfaltet ihre Stärke dann, wenn alle Menschen
- 23 gleichberechtigt teilhaben und mitbestimmen können.
  
- 24 Eine starke Demokratie verbindet Freiheit und Sicherheit. Sie steht auf dem
- 25 Fundament eines verlässlichen Rechtsstaats, einer unabhängigen Justiz. Sie
- 26 schützt unsere Rechte und unsere Freiheiten. Sie wird geschützt durch
- 27 Demokratinnen und Demokraten – und zugleich durch handlungsfähige
- 28 Sicherheitsbehörden, engagierte Polizist\*innen und einen starken
- 29 Bevölkerungsschutz.
  
- 30 Zu lange haben wir in Deutschland geglaubt, unsere Sicherheit in Europa sei
- 31 selbstverständlich. Aber unsere Sicherheit wird von außen und innen angegriffen,
- 32 und beide Dimensionen greifen zunehmend ineinander über. Sicherheit im 21.
- 33 Jahrhundert bedeutet, dass unsere Bundeswehr gut ausgerüstet ist, und ebenso,
- 34 dass wir unsere Bahnstrecken, Häfen und Stromleitungen schützen, Lieferengpässe

35 vermeiden, Cyberangriffe verhindern und unsere Demokratie wehrhaft machen.  
36 Sicherheit bedeutet: uns unabhängiger machen von autoritären Regimen wie  
37 Russland oder China. Sicherheit ist eine gesamtstaatliche und  
38 gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

39 Dafür sind wir angewiesen auf ein starkes gemeinsames Europa. Die Europäische  
40 Union ist das erfolgreichste Friedensprojekt seit Ende des Zweiten Weltkriegs.  
41 Wo uns einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern und  
42 Grenzposten, verbindet uns heute das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und  
43 Demokratie. Die EU vereinfacht das Arbeiten, Reisen, Leben, Lieben und Handeln  
44 über Grenzen hinweg. Deshalb wollen wir die EU stärken, erweitern und  
45 reformieren. Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen wir dafür  
46 besondere Verantwortung.

47 Wir arbeiten an starken globalen Partnerschaften – für eine Welt in Frieden und  
48 Freiheit, in der sich Kooperation gegen Konkurrenz und Krieg behauptet und die  
49 Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert. Der russische  
50 Angriffskrieg gegen die Ukraine, der terroristische Angriff gegen Israel, der  
51 Krieg in Nahost, humanitäre Notlagen wie in Gaza, im Sudan oder in Afghanistan,  
52 aber auch die Klimakrise erfordern höchste Aufmerksamkeit und entschlossenes  
53 Handeln. Auch das Weltmachtstreben Chinas ist eine Herausforderung für die  
54 internationale Zusammenarbeit. Mit der ganzen Kraft der Diplomatie stellen wir  
55 Kooperation und eine regelbasierte internationale Ordnung dem gefährlichen  
56 Modell der Autokraten entgegen. Wir setzen auf einen zukunftsfesten  
57 Multilateralismus und Partnerschaften zunehmend auch im Globalen Süden. Wir  
58 stehen an der Seite der Menschen, die sich weltweit für Frieden, Demokratie,  
59 Menschenrechte und eine lebenswerte Welt einsetzen.

60 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf die  
61 europäische Friedensordnung – und damit auf unser Fundament aus Frieden,  
62 Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Diese Werte müssen wir in einem  
63 starken Europa und in einer starken NATO schützen und verteidigen können.  
64 Sicherheit denken wir von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und  
65 Freiheit im Zentrum unserer Politik steht. Deshalb ist Frieden mehr als die  
66 Abwesenheit von Krieg. Frieden schafft Raum für Freiheit und Wohlstand, Teilhabe  
67 und Selbstbestimmung.

## 68 **A. Eine lebendige Demokratie**

### 69 **Für demokratischen Zusammenhalt**

70 Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen zusammenkommen, bei der Arbeit oder in  
71 der Schule, beim Sport oder Musik machen oder beim Einsatz für gute Zwecke oder  
72 dem gemeinsamen Feiern. Im Dorfgemeinschaftshaus, auf dem Fußballplatz oder in  
73 Kirchen, Moscheen oder Synagogen und anderen weltanschaulichen Einrichtungen  
74 kann Demokratie lebendig werden. Dazu gehören auch kulturelle Einrichtungen wie  
75 Theater, Kinos, Bibliotheken oder Clubs, die Raum für neue Begegnungen und  
76 gemeinsame Erfahrungen oder Projekte geben. Geschäfte und Gastronomie sind

77 ebenso ein Teil davon: Wir wollen diese Orte deshalb im Gewerbemietrecht vor  
78 Verdrängung schützen. Öffentliche Räume, an denen Menschen gern zusammenkommen,  
79 weil sie unabhängig ihrer finanziellen Situation Zugang haben und sich  
80 wohlfühlen, dienen dem Zusammenhalt der Gemeinschaft. Darum sorgen wir dafür,  
81 dass Straßen, Parks und Bahnhöfe nicht nur funktional und sauber, sondern für  
82 alle Menschen sicher und barrierefrei zugänglich sind.

83 Vielfältige Medien sind zentrale Räume für den gesellschaftlichen Austausch und  
84 für unsere Demokratie. Hier entsteht ein gemeinsamer Informationsstand – lokal  
85 und mit der ganzen Welt. Hier wird Kritik geäußert und nach Lösungen gesucht.  
86 Deshalb müssen wir ihre Zukunft unter den neuen Bedingungen von Digitalisierung  
87 sichern. Wir setzen uns ein für eine lebendige regionale Medienlandschaft – und  
88 fördern gezielt den Lokaljournalismus. Eine kluge und mit den Ländern  
89 abgestimmte Förderung zielt auf die Unterstützung der Arbeit von  
90 Journalist\*innen, stärkt die Medienvielfalt und schützt funktionierende Märkte –  
91 auch durch gemeinnützige Ansätze, die wir in die Abgabenordnung mit aufnehmen  
92 möchten. Gleichzeitig machen wir den Journalismusberuf attraktiver und sicherer,  
93 um gut ausgebildete Nachwuchskräfte für die Zukunft zu gewinnen.

94 Zivilgesellschaftliche Institutionen, wie Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände,  
95 stellen eine wichtige Säule unserer Demokratie und des sozialen Zusammenhalts  
96 dar. Wir würdigen ebenso das Engagement der Kirchen, der Religions- und  
97 Weltanschauungsgemeinschaften zum demokratischen und sozialen Zusammenhalt. Auch  
98 Konfessionsfreie tragen zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei und haben Anspruch  
99 auf umfassende Berücksichtigung ihrer Belange und gleichberechtigte Teilhabe.  
100 Wir wollen das bestehende Religionsverfassungsrecht so weiterentwickeln, dass es  
101 unserer gewachsenen religiös-weltanschaulichen Pluralität gerecht wird.

102 Wir schützen Menschen, die nicht streng religiösen Dogmen entsprechen, wie zum  
103 Beispiel Alevit\*innen und Jesid\*innen, vor Anfeindungen.

#### 104 **Für eine Erinnerung, die uns wach hält**

105 Wir müssen unsere Erinnerung wach halten – auch damit sie uns und unsere  
106 Demokratie wach hält. Wir tragen Verantwortung für unsere Geschichte und dafür,  
107 dass aus unserem Erinnern eine bessere Zukunft erwächst. Ein guter  
108 Geschichtsunterricht an den Schulen stärkt das Fundament unserer Demokratie.

109 Wir pflegen unsere Erinnerungsorte – diejenigen, die das Menschheitsverbrechen  
110 der Shoah bezeugen. Und diejenigen, die von demokratischen Aufbrüchen und  
111 bürgerschaftlichem Mut berichten.

112 Die Massenverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Mahnung: Nie wieder!  
113 Deswegen wollen wir die KZ-Gedenkstätten mit ausreichenden Mitteln für den  
114 Erhalt des Bestandes, für Forschung und ausstellungspädagogische, mehrsprachige  
115 Begleitung und Gedenkveranstaltungen ausstatten. Die Dokumente der Zentralen  
116 Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen sollen der  
117 Öffentlichkeit und Forschung langfristig zur Verfügung stehen. Besonders in  
118 Zeiten erstarkender geschichtsrevisionistischer und extrem rechter Kräfte und  
119 nach dem Ableben der Generation der Zeitzeug\*innen sind Gedenkstätten wichtige

120 Orte der Vermittlung eines kritischen Geschichtsbewusstseins an heutige und  
121 kommende Generationen.

122 Deswegen wollen wir allen Schüler\*innen ermöglichen, einmal in ihrer Schulzeit  
123 eine NS-Gedenkstätte zu besuchen und das auch finanziell unterstützen.

124 Wir intensivieren die Beschäftigung mit Antisemitismus, der ideologischen  
125 Grundlage des präzedenzlosen Menschheitsverbrechens der Shoah. Wir intensivieren  
126 auch die Beschäftigung mit dem Antiziganismus und dem aus ihm resultierenden  
127 historischen Unrecht, das die Betroffenen erfahren haben. Dabei nehmen wir  
128 explizit auch das fortgesetzte Unrecht nach 1945 in den Blick. Die NS-Verbrechen  
129 gegenüber Menschen mit Behinderung werden wir weiter aufarbeiten, die Opfer  
130 anerkennen und angemessen entschädigen. "Nie wieder" muss heißen: Verantwortung  
131 zu tragen für die Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

132

133 Wir wollen die deutsche Erinnerungskultur weiter für die Realität der  
134 Einwanderungsgesellschaft öffnen und tragen dem bei der Konzeption der  
135 erinnerungspolitischen Maßnahmen Rechnung.

136 Wir wollen auch neue Formen des Erinnerns entwickeln und unterstützen.  
137 Erfolgreiche Programme zur Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte wie bspw.  
138 "Jugend erinnert" sollen verstetigt werden. Wir stehen zur Realisierung des  
139 geplanten Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und deutsche  
140 Besatzungsherrschaft“ und des Projekts „Deutsch-Polnisches Haus“. Die  
141 Auseinandersetzung mit dem in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR verübten  
142 Unrecht werden wir konsequent fortführen und die Realisierung des Mahnmals für  
143 die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft sowie des Archivzentrums SED-Diktatur  
144 vorantreiben. Die Opfer der SED-Diktatur leiden bis heute unter den Folgen der  
145 Repression und benötigen besonders im Bereich der gesundheitlichen Folgeschäden  
146 bessere Anerkennungsbedingungen. Auch für die Rehabilitation und  
147 Anspruchsberechtigung der Opfer des DDR-Doping-Systems setzen wir uns ein.

148 Gleichzeitig erinnern wir uns an den Mut und das Engagement der Bürger\*innen,  
149 die 1989 mit der Friedlichen Revolution das Ende der SED-Diktatur und den  
150 demokratischen Neuanfang in einem vereinten Deutschland im Herzen Europas  
151 ermöglicht haben. Wir unterstützen die Einrichtung des "Forum Opposition und  
152 Widerstand 1945-1990" und des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und  
153 Europäische Transformation in Halle als Orte des Austausches, der Forschung und  
154 der Aufarbeitung zur Stärkung eines gemeinsamen europäischen Verständnisses von  
155 Freiheit und Demokratie.

156 In der Bundesregierung haben wir die Aufarbeitung der deutschen  
157 Kolonialvergangenheit, insbesondere des Völkermords an den Herero und Nama, im  
158 Dialog mit den betroffenen Ländern vorangetrieben. Diesen Prozess wollen wir  
159 weiterführen und ihn durch ein Lern- und Erinnerungszentrum und mithilfe lokaler  
160 Initiativen in die Gesellschaft tragen. Wir wollen bei Provenienzforschung und  
161 der Rückführung von menschlichen Überresten und Kulturgütern aus kolonialem  
162 Kontext die angemessene Beteiligung der Herkunftsgesellschaften und die  
163 Übernahme von mit der Rückgabe verbundenen Kosten gewährleisten. Gegen den  
164 fortbestehenden Handel mit menschlichen Überresten, v.a. aus kolonialen

165 Kontexten, wollen wir vorgehen. Wir wollen prüfen, wie wir mit Unrechtsurteilen  
166 der deutschen Kolonialjustiz umgehen können.

167 Die Erinnerung an die Opfer von rechter Gewalt und gruppenbezogener  
168 Menschenfeindlichkeit, wie bspw. in Hanau und durch den NSU ist für unsere  
169 demokratische Gesellschaft von großer Bedeutung. Deshalb sichern wir die  
170 Finanzierung zur Umsetzung des NSU-Dokumentationszentrums und des Archivs rechte  
171 Gewalt mit entsprechender Begleitforschung.

172 Gleichzeitig leben in Deutschland Menschen mit Erfahrungen von Flucht,  
173 Verfolgung und Gewalt in ihren Herkunftsregionen. Auch dies ist ein Teil der  
174 deutschen Erinnerungskultur.

## 175 **Für handlungsfähige Kommunen**

176 Staatliche Leistungen müssen funktionieren – von Krankentransporten bis zu  
177 Kindergärten. In den Kommunen zeigt sich unmittelbar, ob der Staat seinen  
178 Aufgaben hinreichend nachkommt und Bürger\*innen verlässliche öffentliche  
179 Infrastruktur und soziale Dienstleistungen ermöglicht. Wenn diese Aufgabe  
180 gelingt, stärkt dies das Vertrauen der Menschen in die Demokratie. Die Kraft  
181 unseres Landes liegt in erster Linie in den Kommunen, bei den Menschen vor Ort.

182 Für starke Kommunen braucht es viele gut ausgebildete Verwaltungsangestellte. Um  
183 hier einen Fachkräftemangel abzuwenden braucht es moderne Strukturen und faire  
184 Löhne im öffentlichen Dienst.

185 Aktuell ist jede zweite Kommune nicht mehr in der Lage, notwendige Vorhaben zu  
186 finanzieren. Allein zum Erhalt und zur Sanierung der kommunalen Infrastruktur,  
187 dazu zählen zum Beispiel Straßen, Spielplätze, Schwimmbäder, Jugendclubs,  
188 Sportplätze und Kultureinrichtungen, fehlen bundesweit 186 Milliarden Euro.  
189 Durch eine auskömmlichere Finanzierung der Kommunen und den Deutschlandfonds  
190 geben wir Kommunen endlich die Möglichkeit, diese dringend notwendigen  
191 Investitionen zu finanzieren. Wir wollen, dass Teilhabe für alle Menschen zur  
192 Regel wird.

193 Viele finanzschwache Kommunen, die einen Strukturwandel durchgemacht haben,  
194 sitzen bis heute auf hohen Schuldenbergen und stecken angesichts drückender  
195 Zinsen in einem Teufelskreis. Um ihnen wieder eine Perspektive zu geben, setzen  
196 wir uns für einen von Bund und Ländern finanzierten Altschuldenfonds ein. Wir  
197 werden dabei auch die Situation der ostdeutschen Kommunen berücksichtigen, die  
198 durch unverschuldete Altlasten herausgefordert sind.

199 An die Kommunen übertragene Aufgaben wie die Bereitstellung von  
200 Rettungsdiensten, die Unterbringung und Integration von Geflüchteten oder  
201 beispielsweise der Jugendsozialarbeit müssen vollständig von Bund und Ländern  
202 übernommen werden - mit steigenden Kosten für solche Pflichtaufgaben der  
203 öffentlichen Daseinsvorsorge muss folglich auch die Finanzausstattung für die  
204 Kommunen steigen.

205 Über die Bedürfnisse vor Ort sollen die Kommunen entscheiden – nicht allein die  
206 Vorgaben aus den Hauptstädten. Wir haben die Möglichkeiten der Kommunen, von  
207 Energieprojekten zu profitieren, gestärkt und werden sie weiter ausbauen.

208 Förderprogramme für die Kommunen werden wir daher zu Gunsten der  
209 Grundfinanzierung der Städte und Gemeinden reduzieren und die verbleibenden  
210 weiter vereinfachen und nach klaren Regeln gestalten. In diesem Sinne und für  
211 mehr Transparenz bauen wir die Förderdatenbank weiter aus. Wir stellen den  
212 Kommunen künftig direkt mehr Gelder zur Verfügung und stärken weiter die so  
213 genannten ungebundenen Mittel. Damit schaffen wir mehr Gleichwertigkeit,  
214 entlasten die Verwaltung und steigern die Möglichkeiten vor Ort.

215 Wir unterstützen kommunale Unternehmen und öffentliche Betriebe als Triebfeder  
216 der sozial-ökologischen Transformation und als Garant für demokratische  
217 Gestaltung unserer Daseinsvorsorge. Deshalb unterstützen wir Kommunen wo möglich  
218 dabei, Unternehmen der Daseinsvorsorge wieder in öffentliche Hand zu bringen und  
219 ein sicheres Investitionsumfeld für kommunale Energieversorger zu schaffen.

220 Wir wollen die Zusatzvereinbarung zum Berlin-Bonn-Gesetz zeitnah abschließen.

## 221 **Für eine starke demokratische Gesellschaft**

222 Das Fundament unserer Demokratie sind starke Institutionen und eine lebendige  
223 Zivilgesellschaft. Die gemeinsame Trägerschaft unserer Demokratie lebt von  
224 Bürger\*innen, die sich informieren und einbringen. Diese Möglichkeit braucht  
225 Zeit und Ressourcen – und ist deshalb auch eine Frage der Gerechtigkeit. Durch  
226 eine verlässliche Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft stärken wir  
227 unsere demokratische Kultur. Die Demokratie zu schützen ist eine  
228 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dabei ist der Staat auf die breite  
229 Unterstützung der Zivilgesellschaft angewiesen. Deswegen wollen wir Programme  
230 wie "Demokratie leben!" finanziell stärken und dauerhaft mit einem  
231 Demokratiefördergesetz absichern.

232 Zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung sieht unser Grundgesetz  
233 vor, dass Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung, gegebenenfalls gemeinsam,  
234 die Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei durch das  
235 Bundesverfassungsgericht beantragen können. Wir fordern Bundestag, Bundesrat und  
236 die Bundesregierung auf, aus ihren Erkenntnissen parteiübergreifend Konsequenzen  
237 zu ziehen und zügig auf einen Antrag zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit  
238 der AfD hinzuwirken.

239 Menschen, die sich zivilgesellschaftlich oder kommunalpolitisch engagieren,  
240 werden immer wieder Ziel von Angriffen und Anfeindungen. Wir alle, Staat und  
241 Gesellschaft, müssen diese Menschen besser schützen. Üble Nachreden,  
242 Verleumdungen und Bedrohungen müssen sowohl im kommunalpolitischen Alltag als  
243 auch im Internet stärker geahndet werden. Wir prüfen geeignete Maßnahmen, wie  
244 zum Beispiel eine Reform der Impressumspflicht und die dortige Offenlegung der  
245 Wohnanschrift, um Menschen vor Nachstellungen und Stalking besser zu schützen.  
246 Wir schützen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit vor Angriffen, denn sie sind  
247 ein hohes Gut.

248 Politische Bildung ist für die demokratische Debatte von entscheidender  
249 Bedeutung. Neben den Landeszentralen spielt dabei die Bundeszentrale für  
250 politische Bildung eine wichtige Rolle, die wir in ihrer Unabhängigkeit und

251 Unparteilichkeit stärken und absichern wollen. Wir brauchen auch bundesweit mehr  
252 Anstrengungen, um die Medienkompetenzen und den kritischen Umgang der  
253 Bürger\*innen mit digitalen Inhalten in allen gesellschaftlichen Gruppen zu  
254 stärken.

255 Auch die politischen Stiftungen liefern einen wichtigen Beitrag für die  
256 politische Bildungsarbeit in unserer pluralen Demokratie, soweit sie auf dem  
257 gemeinsamen Boden unserer demokratischen Grundordnung stehen.

258 Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern unsere Demokratie bereits heute  
259 vielfältig auf kommunaler und Landesebene. Mit Bürgerräten besteht die  
260 Möglichkeit, den Rat der Menschen als „Expert\*innen des Alltags“ in einem  
261 repräsentativen Verfahren einzuholen. Auch das gilt es zu stärken und gesetzlich  
262 abzusichern, inklusive demokratischer Verfahren zu einzelnen  
263 Beratungsergebnissen. Dafür wollen wir beispielsweise die Einführung einer  
264 Volksinitiative prüfen. Das Petitionsrecht wollen wir weiterentwickeln und  
265 stärken.

266 Wer in Deutschland dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit  
267 haben, hier an allen Wahlen, Abstimmungen und demokratischen Prozessen  
268 gleichberechtigt teilzunehmen. Im Ausland lebenden deutschen Staatsbürger\*innen  
269 wollen wir die Teilnahme an Wahlen erleichtern.

270 Wir sind überzeugt: Transparente und nachvollziehbare Politik stärkt das  
271 Gemeinwohl, dafür müssen mögliche finanzielle Interessen offengelegt und  
272 Karenzzeiten für ausscheidende Regierungsmitglieder erhöht werden. Wir stehen  
273 für ein starkes Parlament, eine Stärkung der parlamentarischen Verfahren und  
274 konstruktive Kompromissfindung, sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat.  
275 Parlamentsarbeit und Gesetzgebungsverfahren wollen wir transparenter gestalten  
276 und Lobbytreffen der Regierung wie in der Europäischen Kommission sichtbar  
277 machen. Dabei setzen wir uns für unabhängige Kontrollen ein, um Transparenz und  
278 Integrität zu stärken. Die Sitzungen der Fachausschüsse sollen in der Regel  
279 öffentlich stattfinden und gestreamt werden. Es gibt Regeln für Parteispenden  
280 oder politischer Werbung im Fernsehen und Radio. Es gibt solche Regeln auch im  
281 Digitalen, die wir zum Schutz unserer Demokratie durchsetzen wollen. Wir sorgen  
282 dafür, dass diese Deckelung auch durch die Besitzer sehr großer Online-  
283 Plattformen nicht umgehbar ist. Es braucht klare Grenzen, wie viel Einfluss ein  
284 Einzelner nehmen darf. Parteispenden und -sponsoring wollen wir durch einen  
285 jährlichen Höchstbetrag deckeln und weitere Maßnahmen prüfen, um Schlupflöcher  
286 zu schließen. Hierfür nehmen wir insbesondere Auslandsspenden in den Blick.

287 Die systematische Unterstützung von Organisationen an Parteien soll klarer  
288 geregelt werden, so dass die wesentlichen Transparenzregeln für Parteien auch  
289 für diese Organisationen gelten.

290 Solange es keine gesetzliche Regelung gibt, wenden wir die über das  
291 Parteiengesetz hinausgehenden Regelungen unseres Spendenkodex an.

## 292 **Für die Unterstützung von freiwilligem Engagement**

293 In Deutschland engagieren sich knapp 30 Millionen Menschen freiwillig. Sie  
294 engagieren sich im Sportverein, in sozialen Einrichtungen, organisieren  
295 Kulturveranstaltungen oder unterstützen die Nachbarschaftshilfe. Sie bringen  
296 sich ehrenamtlich in die Freiwillige Feuerwehr oder bei Hilfsorganisationen ein.  
297 Sie unterstützen Geflüchtete. Viele junge Menschen entscheiden sich, ein Jahr  
298 ihres Lebens nach der Schule zu ihrer persönlichen Entwicklung zu nutzen und in  
299 den Dienst von Gesellschaft und Umwelt zu stellen.

300 All dieses Engagement der Menschen in unserem Land ermöglicht überhaupt erst  
301 unser Zusammenleben. Es hält uns zusammen und stärkt auch unsere demokratische  
302 Gemeinsamkeit in Vielfalt. Wir wollen deshalb Engagement unterstützen und  
303 Leistung anerkennen. Wenn für Ehrenämter Aufwandsentschädigungen gezahlt werden,  
304 sollen sie einheitlich pauschal steuerfrei sein. Ehrenamtliches Engagement  
305 verdient unsere volle Unterstützung, deswegen wollen wir Anrechnungsregeln  
306 prüfen und bürokratiearm gestalten. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir  
307 eine bundesweite Engagementkarte einführen, um den Besuch von Schwimmbädern und  
308 Kultureinrichtungen oder die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)  
309 zu vergünstigen. Wir werden die Zugänge zum freiwilligen Engagement auch für  
310 Menschen mit geringem Einkommen, Migrationsgeschichte oder Behinderungen  
311 verbessern.

312 Wir wollen ein Recht auf einen Freiwilligendienst verankern und die Plätze im  
313 Bundesfreiwilligendienst entsprechend ausbauen und verlässlich finanzieren.  
314 Viele Menschen – ob jung oder alt, mit oder ohne Behinderung – möchten sich im  
315 Freiwilligendienst engagieren und wir wollen sicherstellen, dass alle Menschen  
316 auch die Möglichkeit hierzu haben. Dafür wollen wir die Bedingungen für diese  
317 Personengruppen verbessern und sozial gestaffelte Unterstützungsmöglichkeiten  
318 schaffen. Wir wollen für eine faire Vergütung und umfassende  
319 Informationsmöglichkeiten, insbesondere an Schulen, sorgen. Wir prüfen, ob ein  
320 vergünstigtes Deutschlandticket den Freiwilligen zur Verfügung gestellt werden  
321 kann.

322 Zivilgesellschaftliche Organisationen tragen das gemeinnützige Engagement. Ihre  
323 Arbeit wollen wir von überflüssiger Bürokratie entlasten. Zudem erweitern wir  
324 den Katalog gemeinnütziger Zwecke. Wir werden zudem gesetzlich klarstellen, dass  
325 gemeinnützige Zwecke auch durch Teilnahme an der politischen und öffentlichen  
326 Willensbildung verfolgt werden können und sich Organisationen gelegentlich auch  
327 außerhalb ihres gemeinnützigen Zwecks politisch äußern dürfen. Wir wollen  
328 Digitales Ehrenamt und Entwicklung, Betrieb und Pflege von nicht  
329 gewinnorientierter Open-Source-Software als gemeinnützig anerkennen und  
330 institutionell unterstützen.

## 331 **Für Sport, der verbindet**

332 Eine herausragende Säule für das gesellschaftliche Zusammenleben ist der Sport.  
333 Bewegung und Sport verbindet Menschen, schafft und vermittelt regionale



334 Identitäten und trägt zur Gesundheit bei. Sport vermittelt Grundwerte der  
335 Demokratie, Toleranz und fördert Integration.

336 Wir unterstützen eine deutsche Bewerbung für Olympische und Paralympische  
337 Spiele, denn Sportgroßereignisse müssen auch in den demokratischen Ländern  
338 Europas eine Zukunft haben. Wir wollen so zeigen, dass Menschenrechte ein fester  
339 Bestandteil der Sportpolitik sind. Den Nachhaltigkeitszielen wollen wir auch  
340 dadurch Rechnung tragen, dass wir bereits vorhandene Sportstätten in die  
341 Bewerbung einbeziehen und neu zu bauende für die Öffentlichkeit nutzbar machen.  
342 Diejenigen, die von der Ausrichtung der Olympischen Spiele finanziell  
343 profitieren, sollen auf die Erträge Steuern zahlen und die für Veranstaltungen  
344 üblichen kommunalen Gebühren entrichten.

345

346 Wir wollen mit einer Agentur wirksam gegen Korruption in internationalen  
347 Sportverbänden vorgehen und mehr Transparenz schaffen.

348 Wir wollen das Bundesprogramm zur Sanierung von Sportstätten und Schwimmbädern  
349 ausbauen. Für uns sind dabei ökologische Nachhaltigkeit und Inklusion leitend.  
350 Denn wir wollen, dass Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam Sport treiben  
351 können. Den Breitensport stärken wir und schaffen gute Bedingungen für die  
352 Schwimmausbildung im schulischen und nicht schulischen Bereich sowie das  
353 Training vor Ort.

354

355 Insbesondere die Belange von Mädchen und Frauen fördern wir gezielt mit unserer  
356 Sportpolitik, genauso haben wir die Interessen von queeren Menschen im Blick.  
357 Zwei wichtige Mittel dazu sind das Gender Budgeting und Equal Pay. Mit einer  
358 nationalen Spitzensportstrategie wollen wir die Förderung von  
359 Leistungssportler\*innen für Olympische und Paralympische Spiele sowie  
360 vergleichbare Wettbewerbe gleichermaßen verbessern und die Mittelvergabe  
361 transparenter gestalten. Wir wollen, dass der E-Sport stärkere Beachtung findet  
362 und als gemeinnützig anerkannt wird.

363 Sport lebt von Fair Play – Maßnahmen gegen Doping und Korruption im Sport müssen  
364 ausgebaut und konsequent durchgesetzt werden.

365 Fans sind essenziell. Deswegen stärken wir Fanprojekte, reformieren  
366 intransparente Datensammlungen und weiten das Bundesprogramm gegen  
367 Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit aus.

### 368 **Für eine handlungsfähige Justiz in unserem Rechtsstaat**

369 Vertrauen in unseren Rechtsstaat entsteht, wenn die Justiz handlungsfähig ist,  
370 schnell entscheidet und Recht effektiv durchgesetzt wird. So schützen wir die  
371 Rechte aller Menschen. Dafür braucht es genügend Richter\*innen und  
372 Staatsanwält\*innen, gut ausgestattete Gerichte sowie eine entschiedene  
373 Digitalisierung der Justiz.

374 Damit Rechtsschutz für alle offen steht, braucht es niedrighschwellige Zugänge  
375 zur Justiz unabhängig vom Einkommen. Es braucht dafür auch eine attraktive  
376 juristische Ausbildung. Die bisher schon eingeführten Reformen, wie zum Beispiel

377 den integrierten juristischen Bachelor, unterstützen wir und schaffen einen  
378 bundesgesetzlichen Rahmen, der die Bedeutung der juristischen Ausbildung für die  
379 Resilienz des Rechtsstaats wie auch die Entwicklung der juristischen Berufe  
380 durch Legal Tech in den Blick nimmt.

381 Mit einer Neuauflage des Pakts für den Rechtsstaat wollen wir gemeinsam mit den  
382 Bundesländern die Modernisierung unserer Justiz fortsetzen. Wir wollen ein  
383 deutschlandweites Onlineverfahren für Zivilprozesse, das medienbruchfrei von  
384 Klage bis Urteil arbeitet. Mit der Gruppenklage wollen wir ermöglichen, dass  
385 mehrere Kläger\*innen gleichartige Ansprüche gemeinsam gegen eine Beklagte bzw.  
386 einen Beklagten durchsetzen können und die Zivilgerichte in Massenverfahren  
387 entlasten. Der Einsatz von KI als Unterstützung in der Justiz soll weiter  
388 erforscht und entwickelt werden. Wir wollen zusammen mit den Ländern mehr  
389 Schwerpunktstaatsanwaltschaften schaffen, die sich auf komplexe Rechtsfelder  
390 spezialisieren und den Einsatz nicht-juristischer Fachleute unterstützen.  
391 Umweltkriminalität gewinnt zunehmend an Bedeutung und ist ein wichtiges  
392 Betätigungsfeld der Organisierten Kriminalität. Dem wollen wir konsequent mit  
393 der Stärkung des Umweltstrafrechts und einem Nationalen Aktionsplan begegnen..

394 Wir wollen weiter daran arbeiten, dass die Belange von Kindern als Geschädigte  
395 oder Zeug\*innen vor Gericht besser berücksichtigt werden.

396 Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein hohes Gut. Um sie zu schützen, werden wir  
397 das ministerielle Weisungsrecht an Staatsanwält\*innen transparent ausgestalten.  
398 Nebeneinkünfte von Bundesrichter\*innen sollen – wie schon jetzt beim  
399 Bundesverfassungsgericht – auch bei allen anderen obersten Bundesgerichten  
400 veröffentlicht werden. Weisungen müssen frei von politischer Einflussnahme sein.  
401 Eine gute Justiz muss auch widerstandsfähig gegen Verfassungsfeind\*innen sein.  
402 Daher werden wir rechtsstaatliche Regelungen ergreifen, damit die Justiz vor  
403 Verfassungsfeind\*innen geschützt ist.

404 Menschen sollten nicht im Gefängnis landen, weil sie geringe Geldstrafen nicht  
405 zahlen können. Wir modernisieren das Strafrecht mit dem Ziel, die Justiz zu  
406 entlasten. Hierfür wollen wir prüfen, welche geringfügigen Delikte außerhalb des  
407 Strafrechts geregelt werden können. Wir wollen, dass vor Einleitung einer  
408 Erstattfreiheitsstrafe die Ursache der Nichtzahlung und Alternativen stärker  
409 betrachtet werden.

410 Eine starke Anwaltschaft ist Fundament eines stabilen Rechtsstaats und der  
411 Bürger\*innenrechte. Wir werden auch zukünftig sicherstellen, dass jeder Mensch  
412 der in Haft genommen wird anwaltlichen Beistand bekommt.

413 Um das besondere Vertrauensverhältnis zwischen staatlich anerkannten  
414 Sozialarbeiter\*innen und Klient\*innen rechtssicher zu schützen, wollen wir die  
415 Ausweitung des Zeugnisverweigerungsrechts prüfen.

416 Wir machen Europa zu einem starken und gemeinsamen Raum des Rechts. Dafür  
417 stärken wir die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) und die Agentur der  
418 Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und  
419 harmonisieren Recht auf Basis hoher verfassungsrechtlicher Grundsätze.

## 420 Für digitale Bürger\*innenrechte

421 Freiheitsrechte und Bürger\*innenrechte müssen auch im Digitalen durchgesetzt  
422 werden. Durch die rasanten Fortschritte von Künstlicher Intelligenz (KI)  
423 entstehen große Chancen, aber auch Risiken. Wir wollen KI im Rahmen unserer  
424 gemeinsamen Werte einsetzen, um große Innovationspotenziale zu heben und einen  
425 effektiven Schutz der Menschenrechte und Diskriminierungsfreiheit zu  
426 gewährleisten. Die Europäische Union (EU) hat mit der KI-Verordnung einen  
427 wichtigen Grundstein der Regulierung vorgenommen. Diese muss nun möglichst  
428 unbürokratisch und bundesweit einheitlich umgesetzt werden.

429 Meinungsfreiheit ist die Grundvoraussetzung einer freiheitlichen Demokratie.  
430 Ihre Grenzen findet sie, wenn Desinformation sich unkontrolliert ausbreitet, und  
431 wenn Straftatbestände wie Beleidigung oder Volksverhetzung erfüllt sind. Diese  
432 müssen konsequent gelöscht und entsprechende Accounts, schneller gesperrt  
433 werden. Dafür sorgen wir mit einem digitalen Gewaltschutzgesetz und stärken die  
434 Rechte der Nutzer\*innen. Grundsätzlich gilt, wenn Hass mit Aufmerksamkeit  
435 belohnt und Desinformation sich systematisch verbreitet, ist unsere Demokratie  
436 gefährdet. Im digitalen Raum setzen wir uns für Algorithmen sozialer Netzwerke  
437 ein, die eine vielfältige Informationslandschaft gewährleisten.  
438 Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-Gesetz (DMA) haben  
439 wir wichtige Grundsteine für ein demokratisches Netz gelegt. Wir treten für eine  
440 konsequente, staatsferne Umsetzung und – wo nötig – für Verbesserungen in Europa  
441 und Deutschland ein. In Kooperation mit der EU wirken wir auf eine konsequente  
442 Rechtsdurchsetzung des DSA hin. Wir wollen, dass Straftaten auch im Netz  
443 beharrlich und rechtsstaatlich von Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt  
444 werden.

445 Die Medienanstalten der Bundesländer müssen weitere Ressourcen erhalten, um  
446 effizient bei der Löschung und Verfolgung von Hasskriminalität im Internet und  
447 in den sozialen Medien zusammenzuarbeiten.

448 Wir stehen für einen effektiven und zugleich praktikablen Datenschutz.  
449 Ausufernde Bürokratie werden wir abbauen. Wir setzen auf zielgerichtete  
450 Strafverfolgung und die dafür notwendigen Datenzugriffsrechte. Gerade im  
451 digitalen Raum wollen wir diese mit effektiven und bürgerrechtsschonenden  
452 Instrumenten, wie dem Quick-Freeze-Verfahren, konsequent ausbauen. Instrumente  
453 der anlasslosen Massenüberwachung, wie Vorratsdatenspeicherungen, Chatkontrolle  
454 oder die biometrische Erfassung im öffentlichen Raum, lehnen wir ab. Die  
455 Ergebnisse der Überwachungsgesamtrechnung werden wir bei der Evaluierung  
456 bestehender und bei der Einführung neuer Befugnisse berücksichtigen und  
457 evidenzbasiert und ausgewogenen durch Expert\*innen bewerten lassen.  
458 Wir wollen KI-gestützte Analyseinstrumente der Polizei für die Strafverfolgung  
459 unter Einhaltung aller datenschutzrechtlicher Vorgaben stärker nutzbar machen.  
460 Unser Ziel ist es rechtmäßig erhobene polizeiliche Daten durch automatisierte  
461 Analyse, unter Einhaltung der Zweckbindung, schneller und effektiver miteinander  
462 zu verknüpfen. Es muss jederzeit klar sein, wozu welche Daten verwendet werden.  
463 Dabei setzen wir neben transparenten Verfahren auch auf regelmäßige Datenschutz-  
464 Audits, außerdem muss die Datenhoheit bei der Behörde liegen.

## 465 **Für eine vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung**

466 Deutschland lebt von seiner Vielfalt und dem Miteinander verschiedener Menschen.  
467 Wir stehen dafür ein, dass sich alle Menschen entfalten und gleichberechtigt  
468 Teil unserer Gesellschaft sein können. Wir wollen Diskriminierung überwinden,  
469 denn sie schwächt unseren Zusammenhalt.

470 Menschen, die zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitsbereich oder bei  
471 der Arbeit Diskriminierung erfahren, schützt der Rechtsstaat: Wir werden das  
472 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reformieren. Dazu weiten wir Fristen,  
473 Diskriminierungsgründe und den Anwendungsbereich aus, führen ein  
474 Verbandsklagerecht ein und schließen Schutzlücken.. Dazu gehört auch der Schutz  
475 vor Diskriminierung durch staatliche Stellen. Deutschland soll seinen Vorbehalt  
476 gegen die 5. Europäische Antidiskriminierungsrichtlinie aufgeben und damit die  
477 Interessen der Betroffenen in den Mittelpunkt rücken. Wir wollen, dass  
478 Beratungsstellen und Selbstorganisationen langfristig abgesichert und ausgebaut  
479 werden sowie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes auch in ihren Kompetenzen  
480 gestärkt wird. Mit einem Nationalen Aktionsplan Antidiskriminierung wollen wir  
481 eine wirksame Antidiskriminierungspolitik umsetzen. Mit der Schaffung der  
482 Beauftragten für Antidiskriminierung, Queeres Leben, Antirassismus und  
483 Antiziganismus haben wir die politische Stärkung von Vielfalt noch stärker  
484 verankert. Wir wollen ihre und die Arbeit der weiteren Beauftragten für  
485 gesellschaftliche Vielfalt weiter stärken. Wir bauen die Forschung, wie zum  
486 Beispiel den Nationalen Rassismus- und Diskriminierungsmonitor, zu  
487 Erscheinungsformen und Ausprägung von Diskriminierung aus. Um strukturellen  
488 Rassismus, egal ob im Gesundheitswesen, in der Justiz oder in unseren  
489 Sicherheitsbehörden, zu bekämpfen, wollen wir zielgerichtete  
490 Fortbildungsangebote zur Steigerung der Diskriminierungssensibilität stärker  
491 fördern. Zudem wollen wir die zweite UN-Dekade für Menschen afrikanischer  
492 Herkunft auch in Deutschland aktiv vorantreiben, Bildungsprojekte fördern und  
493 die politische Teilhabe Schwarzer Menschen stärken.

494 Wir gehen entschlossen gegen den zunehmenden Antisemitismus in unserer  
495 Gesellschaft vor – egal von wem er ausgeht. Jüdinnen und Juden müssen in  
496 Sicherheit leben können. Besonders nach den Terrorangriffen der Hamas auf Israel  
497 am 7. Oktober steigt der Antisemitismus auch in Deutschland. Wir setzen uns  
498 deshalb noch stärker für die auskömmliche Finanzierung von Maßnahmen zum Schutz  
499 jüdischer Gemeinden und israelischer Communities ein.

500 Die Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben setzen wir  
501 weiter um, denn wir wollen jüdisches Leben in seiner Vielfalt fördern und  
502 sichtbar machen. Antisemitische Vorfälle müssen verfolgt und dokumentiert werden.  
503 Antisemitische Gewalt bekämpfen wir konsequent mit allen Mitteln des  
504 Rechtsstaats. Dazu gehört es auch, Gesetzeslücken zu schließen. Es sollen keine  
505 Projekte gefördert werden, die Antisemitismus, Rassismus oder sonstige  
506 menschenverachtende Ideologien propagieren. Wir setzen uns für die Erarbeitung  
507 einer Antisemitismusstrategie für den digitalen Raum ein. Antisemitismus hat  
508 komplexe Erscheinungsformen: Wir setzen daher auf eine umfassende  
509 Bildungsstrategie, die von Kindesbeinen bis ins Erwachsenenalter reicht, und die

510 Förderung von interkonfessionellem Dialog beinhaltet. Wir stärken die jüdische  
511 Gegenwartsforschung.  
512 Die älteren jüdischen Generationen wollen wir stärker sozial absichern. Die  
513 Benachteiligung jüdischer Einwander\*innen gegenüber den eingewanderten (Spät-  
514 )Aussiedler\*innen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion wollen wir beenden.

515 Mit einer Nationalen Strategie gegen Islamfeindlichkeit und antimuslimischen  
516 Rassismus gehen wir gegen die zunehmende Diskriminierung von Muslim\*innen und  
517 muslimisch gelesenen Menschen vor. Grundlage dafür sind die  
518 Handlungsempfehlungen der Unabhängigen Kommission Muslimfeindlichkeit. Wir  
519 wollen vielfältiges muslimisches Leben in Deutschland schützen. Islamfeindliche  
520 Vorfälle müssen konsequent verfolgt und sorgfältig dokumentiert werden.  
521 Die Imam\*innenausbildung in Deutschland treiben wir voran und stärken damit die  
522 Unabhängigkeit der islamischen Gemeinden. Wir wollen die Deutsche Islamkonferenz  
523 weiterentwickeln und in unserem politischen Handeln auch progressive, liberale  
524 muslimische Vertretungen einbinden.

525 Um Antiziganismus zu bekämpfen, werden wir die Empfehlungen der  
526 Expertenkommission Antiziganismus weiter konsequent umsetzen und einen  
527 Staatsvertrag mit der Minderheit auf Bundesebene schließen. Antiziganistische  
528 Vorfälle müssen bundesweit erfasst und verfolgt werden. Deshalb sichern wir die  
529 Förderung der zivilgesellschaftlichen Monitoringstelle rechtlich ab. Wir setzen  
530 uns weiterhin für eine breitere Anerkennung des 2. August als Europäischen  
531 Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma ein.

532

533 Die nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland sind ein  
534 unverzichtbarer Teil der kulturellen und historischen Identität unseres Landes.  
535 Wir setzen uns weiterhin für die Förderung ihrer Kultur, Sprache und ihrer  
536 Sichtbarkeit in der Gesellschaft ein,  
537 sichern ihre Einrichtungen langfristig finanziell ab und stärken ihre  
538 institutionelle Verankerung auf Bundesebene. Wir stärken zudem die nationalen  
539 Minderheiten im Ausland.

540 Die Vielfalt unserer Gesellschaft soll sich auch durch verbindliche Maßnahmen in  
541 all ihren Institutionen angemessen widerspiegeln. Wir setzen uns deshalb unter  
542 anderem dafür ein, dass Vielfalt und eine interkulturelle Öffnung – sowohl  
543 personell als auch strukturell – in Behörden strategisch und konsequent  
544 gefördert wird und schaffen dafür auch die rechtlichen Grundlagen. Wir wollen,  
545 dass Einstellungs- und Beförderungspraxis diskriminierungsensibel gestaltet  
546 werden. Mit einem Bundespartizipationsgesetz und einem Partizipationsrat stärken  
547 wir die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte.

## 548 **Für Frauenrechte**

549 Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht allen Menschen, unabhängig vom Geschlecht,  
550 ein selbstbestimmtes Leben. Feminismus, der alle in den Blick nimmt, also  
551 intersektional ist und der Einsatz für Frauenrechte sind dafür essenziell. Nur  
552 wenn Diskriminierung, Sexismus und Frauenfeindlichkeit konsequent bekämpft  
553 werden, können Frauen alle Chancen nutzen. Gerade weil rückwärtsgewandte Kräfte

554 stärker werden, müssen wir das Erreichte sichern und weiter voranschreiten. Wir  
555 wollen eine geschlechtergerechte Gleichstellungspolitik, die auch Männer  
556 adressiert und ihre Anliegen in den Blick nimmt.

557 Unsere Priorität ist, das Leben für Frauen gerechter und besser zu machen. Das  
558 bedeutet, den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchzusetzen.  
559 Dazu gehört, dass frauendominierte Berufe nicht schlechter bezahlt werden als  
560 männerdominierte. Frauen tragen den Großteil der Sorgearbeit und arbeiten daher  
561 oft in Teilzeit, was Aufstieg und Einkommen beeinträchtigt. Wir fördern eine  
562 geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit sowie eine bessere  
563 Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verlässliche Betreuung und hochwertige  
564 Bildungseinrichtungen. Auf der Straße, in der U-Bahn und erst recht zu Hause:  
565 Alle Frauen müssen sicher sein und sich sicher fühlen können. Im Alltag sind sie  
566 aber täglich von Frauenfeindlichkeit, Sexismus und Gewalt bedroht.

567 Um Betroffene bei Partnerschaftsgewalt, häuslicher und geschlechtsspezifischer  
568 Gewalt besser zu schützen, sollen alle Betroffenen und ihre Kinder einen  
569 Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erhalten. Durch eine Bundesbeteiligung  
570 stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser,  
571 Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher. Das muss auch einen  
572 Ausbau von Angeboten für Menschen mit Behinderung oder mit Sprachbarrieren  
573 beinhalten. Nach einer Trennung muss Partnerschaftsgewalt in Sorge- und  
574 Umgangsverfahren verpflichtend berücksichtigt werden. Dazu müssen Justiz sowie  
575 Polizei umfassend geschult werden. Annäherungsverbote müssen in Fällen von  
576 häuslicher Gewalt effektiv kontrolliert und durchgesetzt werden können, auch  
577 z.B. durch den Einsatz der elektronischen Fußfessel. Opfer von Vergewaltigungen  
578 brauchen flächendeckend qualifizierte medizinische Notfallversorgung – inklusive  
579 anonymer Spurensicherung und der „Pille danach“.

580 Um die Perspektive der Betroffenen in die Gestaltung von Politik und  
581 Präventionsmaßnahmen einzubeziehen, können Instrumente wie ein Betroffenenrat  
582 für Häusliche Gewalt hilfreich sein.

583 Die Istanbul-Konvention ist ein Instrument, das die notwendigen Maßnahmen für  
584 den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt und die Förderung ihrer Rechte  
585 festlegt. Diese setzen wir konsequent um, durch verstärkte Präventionsmaßnahmen,  
586 den Ausbau der Täterarbeit, konsequente Strafverfolgung und eine verbesserte  
587 Datenerhebung. Damit bekämpfen wir auch Femizide, also die gezielte Tötung von  
588 Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Zudem prüfen wir, ob das geltende  
589 Sexualstrafrecht um eine Neuregelung in der Form der Zustimmungslösung ergänzt  
590 werden muss, um Straftaten besser verfolgen zu können. Ziel ist es, das geltende  
591 Sexualstrafrecht mit der Zustimmungslösung zu reformieren. Auch der Einsatz von  
592 KO-Tropfen und ähnlichen Substanzen bei sexuellen Übergriffen muss als  
593 strafverschärfender Umstand in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden.  
594 Online-Gewalt gegen Frauen wächst in rasantem Ausmaß. KI-generierte und echte  
595 Nacktbilder werden als Waffe gegen Frauen und Mädchen gezielt eingesetzt. Bei  
596 der Umsetzung der europäischen Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen  
597 setzen wir uns dafür ein, dass die Verbreitung von KI-generierten oder echten  
598 Nacktbildern gegen den Willen der Betroffenen grundsätzlich eine Straftat

599 darstellt. Um die Würde der Opfer zu schützen, wollen wir rechtssichere  
600 Regelungen finden, wie der Besitz und die Verbreitung von Bildmaterial, das die  
601 Vergewaltigung einer erwachsenen Person zeigt, unter Strafe gestellt werden  
602 kann.

603 Viele geflüchtete Frauen und Mädchen sind vor, während und/oder nach der Flucht  
604 von Gewalt betroffen, deshalb müssen alle Aufnahmeeinrichtungen entsprechende  
605 Schutzkonzepte verpflichtend etablieren. Gewaltbetroffene Frauen, deren  
606 Aufenthaltsstatus von ihrem Ehemann oder Partner abhängt, sollen einen  
607 eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können. Damit diese Frauen ihr Recht  
608 leichter einfordern können, braucht es Zugang zu Beratung und Hilfestrukturen.  
609 Bei der Feststellung der Lebensunterhaltssicherung zur Verlängerung der  
610 Aufenthaltserlaubnis, sollen Erwerbseinschränkungen in der besonderen Situation  
611 von Schwangeren, Alleinerziehenden und Frauen, die Angehörige pflegen, im  
612 Einzelfall berücksichtigt werden.

613 Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung stellt eine schwerwiegende  
614 Menschenrechtsverletzung dar, die vor allem Frauen betrifft.  
615 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz wollen wir  
616 stärken, um internationale Netzwerke von Menschenhandel und Zwangsprostitution  
617 aufzudecken und zu zerschlagen. Dabei verfolgen wir einen  
618 menschenrechtsbasierten Ansatz, und rücken die Rechte und die Unterstützung der  
619 Betroffenen in den Fokus. Wir wollen den ressortübergreifenden Nationalen  
620 Aktionsplan umsetzen und weiterentwickeln. Opfer von Menschenhandel sollen ein  
621 sicheres Bleiberecht bekommen, unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft im  
622 Strafverfahren.

623  
624 Die Rechte und die Gesundheitsversorgung von Sexarbeiter\*innen werden wir  
625 menschenrechtsbasiert stärken. Denn so wie die Zustände zurzeit sind, können sie  
626 nicht bleiben. Gezielte Unterstützung, insbesondere für Prostituierte in  
627 prekären Situationen, muss auch durch aufsuchende Hilfen und Beratungen, gerade  
628 beim Ausstieg aus der Prostitution, verstärkt werden. Prostitutionsstätten  
629 müssen strenger kontrolliert, die Standards zur Betriebserlaubnis erhöht und die  
630 Befugnisse des Zolls erweitert werden, um gesetzlich vorgeschriebene  
631 Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und die Selbstbestimmung und Sicherheit der  
632 Betroffenen sicherzustellen. Sobald die Ergebnisse der Evaluation des  
633 Prostituiertenschutzgesetzes vorliegen, sollen Bund, Länder und Kommunen sowie  
634 Betroffene und Expert\*innen auf dieser Grundlage gemeinsam ergebnisoffen  
635 beraten, welche Änderungen am Gesetz notwendig sind, um die Situation in der  
636 Prostitution zu verbessern, ohne die Prostituierten zu stigmatisieren oder zu  
637 kriminalisieren.

### 638 **Für Selbstbestimmung**

639 Frauen machen über die Hälfte der Bevölkerung aus, sind aber noch weit von der  
640 Hälfte der wirtschaftlichen und politischen Macht entfernt – in  
641 Führungspositionen, in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch in Parlamenten und  
642 Kommunalvertretungen. Wir sind daher für Frauenquoten in Aufsichtsräten, in

643 Vorständen von großen Unternehmen und für ein Paritätsgesetz zur Wahl des  
644 Bundestags. Um die Gleichstellung weiter voranzutreiben, werden wir auch in  
645 Deutschland die Vorgaben der weitreichenderen EU-Richtlinie zu  
646 Führungspositionen konsequent umsetzen sowie Sanktionen bei der Nichterreichung  
647 der Ziele einführen.

648 Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht, das für alle gelten  
649 muss. Dazu gehört das Recht auf Zugang zu sicheren und legalen  
650 Schwangerschaftsabbrüchen. Wir wollen, dass selbstbestimmte  
651 Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr in §218 des Strafgesetzbuches kriminalisiert  
652 sondern grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt werden. Entsprechend  
653 den Empfehlungen der Fachkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung, soll in  
654 der Frühphase einer Schwangerschaft der Abbruch rechtmäßig sein und für die  
655 mittlere Phase ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden. Wir treten dafür ein,  
656 dass eine freiwillige Beratung durch ein Recht auf Beratung und ein  
657 abgesichertes Angebot von Beratungsstellen in vielfältiger Trägerschaft  
658 garantiert ist. Eine verpflichtende Wartefrist zwischen Beratung und Abbruch  
659 lehnen wir ab. Zudem muss es genügend Einrichtungen geben, die den Eingriff  
660 möglichst wohnortnah mit der gewünschten Methode vornehmen, denn das Angebot für  
661 Abbrüche hat sich in den vergangenen Jahren halbiert. Die Kosten sollen von den  
662 Krankenkassen übernommen und telemedizinische Betreuung ausgebaut werden. Auch  
663 ärztlich verordnete Verhütungsmittel sollen kostenfrei und Teil des GKV-  
664 Leistungskatalogs sein. Wir wollen das Stillen in der Öffentlichkeit in  
665 Deutschland grundsätzlich erlauben und schaffen dazu die gesetzliche Grundlage.

666 Selbstbestimmung über den eigenen Körper setzt ein geschlechtergerechtes  
667 Gesundheitssystem voraus: Forschung, Ausbildung und medizinische Praxis müssen  
668 geschlechtsspezifische Aspekte zur Verbesserung der Frauengesundheit,  
669 einschließlich der Versorgung rund um die Geburt, zwingend berücksichtigen.  
670 Hebammen begleiten Frauen auf deren Wunsch durch alle Phasen der  
671 Schwangerschaft. Hebammenversorgung sollte deshalb allen Schwangeren ausreichend  
672 zur Verfügung stehen. Auch im Gesundheitswesen wollen wir durch Quoten und  
673 bessere Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.

674

675 Wir nehmen bei unseren Maßnahmen auch trans\*, inter und nicht-binäre Personen in  
676 den Blick.

### 677 **Für queeres Leben: sicher und selbstbestimmt**

678 Jeder Mensch hat das Recht, frei und selbstbestimmt leben zu können. Politik  
679 muss den Rahmen dafür schaffen. Noch zu häufig erleben lesbische, schwule, bi,  
680 trans\*, inter\* und queere Menschen (LSBTIQ\*) zunehmende Gewalt und  
681 Diskriminierung. Das nehmen wir nicht hin. Bereits erkämpfte Rechte, wie das  
682 Selbstbestimmungsgesetz, schützen wir vor Angriffen und setzen uns weiterhin für  
683 die Stärkung von Rechten queerer Menschen und ihrer Selbstbestimmung ein.

684 Mit dem Aktionsplan „Queer leben“ haben wir in der Bundesregierung einen Plan  
685 zur Stärkung von queerem Leben vorgelegt. Diesen wollen wir verstetigen. Zur  
686 weiteren Umsetzung wollen wir mit einem Bundesförderprogramm die nötigen Mittel



687 bereitstellen. So stärken wir queere Beratungs- und Projektstrukturen. Wir  
688 wollen den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen und  
689 geschlechtlichen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes verankern und  
690 Hasskriminalität gegen LSBTIQ\* entschlossen bekämpfen. Dazu verbessern wir die  
691 Erfassung von queerfeindlichen Straftaten und bauen die Unterstützungsangebote,  
692 sowie Ansprechstellen in Behörden und in der Justiz weiter aus. Die Empfehlungen  
693 des Arbeitskreises zur Bekämpfung von homophober und transfeindlicher Gewalt  
694 setzen wir um und evaluieren sie.

695 Queere Menschen haben ein Recht auf gute und diskriminierungsfreie  
696 Gesundheitsversorgung. Deshalb soll unter anderem die Kostenübernahme durch die  
697 Krankenkassen für medizinische Transitionsmaßnahmen für alle Betroffenen  
698 diskriminierungsfrei gewährleistet, sowie Beratungsangebote ausgebaut werden.  
699 Wir schließen die Gesetzeslücken, um nicht notwendige Operationen an  
700 intergeschlechtlichen Kindern zu verbieten. Zudem wollen wir das Unrecht  
701 gegenüber trans\* und intergeschlechtlichen Menschen, deren körperliche  
702 Unversehrtheit verletzt oder Ehen zwangsgeschieden wurden, endlich anerkennen.  
703 Lücken beim Verbot sogenannter Konversionstherapien werden wir schließen und die  
704 Aufklärungsarbeit über HIV sowie anderer sexuell übertragbarer Krankheiten und  
705 aktuelle Behandlungs- und Präventionsmöglichkeiten bei Ärzt\*innen vorantreiben.  
706 Wir ermöglichen den diskriminierungsfreien Zugang zu reproduktionsmedizinischen  
707 Leistungen für alle und stärken die diskriminierungssensible Weiterbildung von  
708 Mitarbeitenden bei der Versorgung rund um Schwangerschaft und Geburt.

709 Familie ist, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das gilt auch für  
710 Regenbogenfamilien. Wir passen deshalb das Familienrecht an, beenden  
711 schnellstmöglich die Diskriminierung von Regenbogenfamilien, insbesondere von  
712 lesbischen Müttern und ihren Kindern, im Abstammungsrecht und berücksichtigen  
713 dabei die Elternschaft von trans\*, inter\* und nicht binären Menschen. Wir  
714 verbessern die rechtliche Situation von Familien mit mehr als zwei Eltern.  
715 Außerdem ermöglichen wir es Menschen, jenseits einer Ehe rechtlich verbindlich  
716 füreinander sorgen zu können. Wir werden zudem queeres Leben im Alter stärker in  
717 den Mittelpunkt rücken. So wollen wir die Bedürfnisse von älteren LSBTIQ\*-  
718 Personen auch in der Altenhilfe und in der Pflege besser berücksichtigen, damit  
719 sie auch im Alter diskriminierungsfrei teilhaben können. Auch junge queere  
720 Menschen wollen wir stärken und Beratungsstrukturen weiter ausbauen.

721

722 Wir setzen uns dafür ein, dass LSBTIQ\* besser vor Diskriminierung auf dem  
723 Arbeitsmarkt geschützt werden.

## 724 **Für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung** 725 **und eine inklusive Gesellschaft**

726 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft schaffen, in der alle Menschen  
727 gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können. Wir setzen uns dafür ein,  
728 dass dieses Recht endlich Wirklichkeit und Ableismus abgebaut wird. Das heißt  
729 auch, dass geltendes Recht den Zielen der Inklusion nicht entgegenstehen darf.  
730 Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN) ist dabei Maßstab  
731 unseres Handelns. Wir richten eine Enquetekommission Inklusion ein, die unter

732 Beteiligung von Selbstvertreter\*innen umfassende Vorschläge erarbeiten soll.  
733 Bürokratische Hürden und technische Normen, die Menschen mit Behinderung an  
734 ihrer Teilhabe hindern, wollen wir abbauen und auf Barrierefreiheit prüfen.  
735 Damit die Verwendung von Steuern und öffentlichen Geldern allen zugutekommt,  
736 müssen Inklusion und Barrierefreiheit in Gesetzgebungsverfahren stets mitgedacht  
737 werden.

738 Barrierefreiheit soll endlich in allen Bereichen, im Analogen wie im Digitalen,  
739 in nationales Recht umgesetzt, sowie einfacher und tatsächlich durchsetzbar  
740 werden: Die Gebäude des Bundes wollen wir innerhalb von zehn Jahren barrierefrei  
741 machen. Auch Anbieter\*innen öffentlich zugänglicher Angebote und  
742 Dienstleistungen müssen konsequent Vorkehrungen zur Barrierefreiheit treffen,  
743 wobei wir sie mit einer Überforderungsklausel schützen und sie mit einem  
744 digitalen Barrierefreiheitstool unterstützen. Auch Vermieter\*innen von Büro- und  
745 Gewerbeflächen sind angehalten, diese Vorkehrungen zu treffen. Mieter\*innen von  
746 Gewerbe- und Büroflächen wollen wir den barrierefreien Umbau ihrer Gewerbe- und  
747 Büroflächen auch in rechtlicher Hinsicht erleichtern und streben eine Ausweitung  
748 der bestehenden Förderprogramme der KfW an.

749 Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung ihre Potenziale gleichberechtigt auch  
750 auf dem ersten Arbeitsmarkt einbringen und ihren Lebensunterhalt selbst  
751 verdienen können.. **Damit Arbeitgeber\*innen ihrer Beschäftigungspflicht**  
752 **nachkommen, schließen wir gesetzliche Schlupflöcher und passen die**  
753 **Ausgleichsabgabe an. Menschen mit Behinderung sollen wirklich selbstbestimmt**  
754 **entscheiden können, wo und wie sie arbeiten.** Das heutige ausgrenzende  
755 Werkstättensystem wollen wir schrittweise in Richtung Inklusionsunternehmen  
756 weiterentwickeln, in denen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam arbeiten,  
757 mindestens nach Mindestlohn entlohnt werden und existenzsicherende  
758 Rentenansprüche erwerben können. Dafür sollen sie die individuell benötigte  
759 Unterstützung erhalten. Die Reform des Werkstättensystems werden wir dabei im  
760 engen Dialog gemeinsam mit den Werkstätten und Betroffenen gestalten. Hürden bei  
761 Eintritt und Rückkehr ins Berufsleben sowie bei der Qualifizierung beseitigen  
762 wir. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass in den Bundesverwaltungen  
763 Modellprojekte für die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen  
764 über die gesetzlichen Vorgaben hinaus geschaffen werden. EU-Mittel sollen nicht  
765 in Arbeitsformen fließen, die Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention  
766 entgegenstehen. Die Erwerbsminderungsrente wollen wir durchlässiger gestalten  
767 und hierbei Fehlanreize beseitigen.

768

769 Das Bildungssystem ist von Anfang an inklusiv auszugestalten. Die Kosten für  
770 dafür notwendige Unterstützung müssen übernommen werden. Auch die inklusive Aus-  
771 und Weiterbildung wollen wir fördern. Die Peer-Beratung der Ergänzenden  
772 Unabhängigen Teilhabeberatungen (EUTB) wollen wir in allen Regionen  
773 weiterentwickeln.

774 Die Eingliederungshilfe wollen wir verbessern und vereinfachen, damit Betroffene  
775 niedrigschwellig, möglichst digital, schnell und aus einer Hand Zugang zu  
776 Leistungen erhalten. Dazu gehört es auch, die Durchsetzung sozialrechtlicher

777 Ansprüche auf Teilhabe bei Behörden und Gerichten zu beschleunigen **und die**  
778 **Schnittstellen zu anderen Sozialgesetzen im Sinne der Menschen mit Behinderung**  
779 **zu überarbeiten.** Bund, Länder und Kommunen sollen gemeinsam Lösungen zur  
780 Sicherstellung der Finanzierung der Eingliederungshilfe entwickeln. Wir wollen,  
781 dass Menschen mit Behinderung selbst entscheiden können, wo und wie sie wohnen  
782 und wie sie ihre Freizeit verbringen möchten. **Dazu bedarf es einer inklusiven**  
783 **Sozialraumplanung in den Städten und Gemeinden.** Unterstützungsleistungen müssen  
784 unabhängig von Einkommen und Vermögen, einfach und schnell zur Verfügung  
785 gestellt werden. Wir wollen den Ausbau inklusiver Wohnformen vorantreiben und  
786 fördern und die Beratung dazu verbessern. Hürden, die das Wunsch- und Wahlrecht  
787 von Menschen mit Behinderung einschränken, wollen wir abbauen. Wir stärken das  
788 persönliche Budget als wichtiges Instrument der Selbstbestimmung.

789

790 Wir wollen die Deutsche Gebärdensprache besser verankern, weiter fördern und  
791 damit auch ihre Nutzer\*innen stärken. Wir wollen sie als nationale  
792 Minderheitensprache anerkennen und prüfen Wege zur Umsetzung. Wir setzen uns für  
793 die Einrichtung eines Kompetenzzentrums zur barrierefreien Kommunikation ein.  
794 Wir stärken die Disability Studies.

795 Menschen mit Behinderung, insbesondere Frauen, sind häufiger von Gewalt  
796 betroffen als nicht behinderte Menschen. Wir wollen, dass der Schutz vor Gewalt  
797 für alle Menschen gilt und bauen den Gewaltschutz insbesondere bei Angeboten für  
798 Menschen mit Behinderung deutlich aus. Wir stärken das Recht auf sexuelle  
799 Selbstbestimmung auch für Menschen mit Behinderung.

800

801 Wir nehmen bei unseren Maßnahmen auch Menschen mit chronischen Erkrankungen, wie  
802 zum Beispiel Asthma und Allergien, stärker in den Blick, damit sie überall  
803 gleichberechtigt teilhaben können.

## 804 **Für lebendige Kunst und Kultur**

805 Eine freie Kultur ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres demokratischen  
806 Zusammenlebens. Wir wollen ein Kulturangebot schaffen, das so vielfältig ist wie  
807 das Land selbst und allen Menschen Zugang bietet. Gegen antidemokratische  
808 Bewegungen, die einen ideologischen Kampf gegen unsere offene Gesellschaft  
809 führen, arbeiten wir für die Unabhängigkeit und Freiheit der Kultur, der  
810 Künstler\*innen und ihrer diversen Ausdrucksformen – ob Literatur, Film, Musik,  
811 Theater, Tanz oder bildende Kunst, ob Mode, Architektur oder Design, ob Club  
812 oder Oper, ob öffentliche Einrichtung oder Teil der großen Kultur- und  
813 Kreativwirtschaft. Indem wir ein Staatsziel Kultur in ihrer Vielfalt im  
814 Grundgesetz verankern, stärken wir Kunst und Kultur umfassend und in der Breite.  
815 Damit Kultur allen unabhängig von ihrem Wohnort zugänglich ist, bauen wir die  
816 kulturelle Infrastruktur aus. Das gilt besonders für den ländlichen Raum, den  
817 wir mit Programmen wie Aller.Land adressieren. Kulturpolitik wollen wir auf  
818 Bundesebene auch institutionell stärken und besser vernetzen.

819 Wir wollen die Rahmenbedingungen für Kulturorte, besonders für Clubs- und  
820 Livemusikstätten und insbesondere in Innenstädten verbessern, durch Änderungen

821 beim Lärmschutz, im Baurecht sowie im Gewerbemietrecht. Die Förderung von  
822 Schallschutzmaßnahmen bauen wir aus.

823

824 Die großen Bundeskulturinstitutionen sind ein Stabilitätsanker der  
825 Kulturlandschaft, und wir wollen sie weiter öffnen. Es kommt darauf an, die  
826 Vielfalt der Kultur für die Menschen zugänglich zu machen. Deshalb werden wir  
827 den Kulturpass verstetigen und prüfen, ihn auszubauen. Mit ihm erhalten  
828 Jugendliche ein Guthaben, um Kultur zu entdecken. Gleichzeitig stimulieren wir  
829 damit die Nachfrage und unterstützen verschiedene Kulturanbieter in Stadt und  
830 Land.

831

832 Durch die Green Culture Anlaufstelle, die wir erfolgreich gestartet haben,  
833 unterstützen wir unsere Kulturlandschaft gemeinsam mit den Ländern auf ihrem Weg  
834 in den nachhaltigen Betrieb - mit Beratung und Förderung.

835 Kulturproduzent\*innen brauchen nicht nur Freiheit, sondern auch Sicherheit. Wir  
836 helfen der freien Szene durch den Ausbau der Bundeskulturfonds. Wir wollen die  
837 Kultur-Investitionsprogramme des Bundes vielfältiger aufstellen, indem wir  
838 Einrichtungen der freien Szene und der Popkultur stärker berücksichtigen. Die  
839 begonnene Reform der Filmförderung für verlässliche, schnelle und auskömmliche  
840 Finanzierung durch eine Investitionsverpflichtung und eine Steueranreizförderung  
841 werden wir abschließen. Hier und in anderen kulturellen Förderungen wollen durch  
842 geeignete Richtlinien dazu beitragen, dass die gesellschaftliche Diversität in  
843 der Kultur angemessen repräsentiert wird. Den Games-Standort Deutschland stärken  
844 wir mit einer steuerlichen Games-Förderung, die bestehende gezielte Förderungen  
845 ergänzt. Dabei nehmen wir auch die Rahmenbedingungen für Ausbildung & Studium,  
846 Entwicklung, Produktion, öffentliche Sichtbarkeit und deren Zusammenspiel in den  
847 Blick und achten auf relevante Anliegen aus der Games-Community. Für die kleinen  
848 Verlage werden wir eine Verlagsförderung einführen und das Kulturgut Buch  
849 schützen. Die neu eingeführte Förderung für Musikfestivals (Festivalförderfonds)  
850 hat sich bewährt, sie erweitern wir um eine Konzeptförderung sowie um Beratung  
851 und Wissensvermittlung. Wir wollen den jüdischen Kulturfonds verstetigen, der  
852 die Arbeit jüdischer und israelischer Künstler\*innen unterstützt.

853

854 Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene ist die Vielfalt der  
855 kleinen und mittleren Kulturunternehmen wichtig für die Identität und Kultur  
856 unserer demokratischen Gesellschaft und muss deshalb durch die richtigen  
857 politischen Rahmenbedingungen gestärkt werden. Der zunehmenden  
858 Marktkonzentration in der Popkultur wollen wir durch Dialog und Regulierung  
859 begegnen, um fairere Bedingungen auf dem Ticketmarkt sowie bei der Verteilung  
860 von Streamingeinnahmen zu erreichen.

861 Wir wollen die soziale Lage der Künstler\*innen und Kulturproduzent\*innen  
862 nachhaltig verbessern, indem wir die Künstlersozialversicherung zukunftsfest  
863 machen, die soziale Absicherung für Soloselbstständige, hybrid Erwerbstätige und  
864 abhängig Beschäftigte verbessern und die in dieser Wahlperiode von der  
865 Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eingeführten  
866 Honoraruntergrenzen in der Bundeskulturförderung verstetigen. Im Dialog mit

867 betroffenen Förderern und Institutionen werden wir auf gute finanzielle  
868 Rahmenbedingungen für deren Umsetzung hinarbeiten. Digitale Plattformen, die von  
869 den Inhalten von Kreativen profitieren, sollen sich an der  
870 Künstlersozialversicherung beteiligen.

871 Im Urheberrecht werden wir weiter für die angemessene Vergütung von  
872 Künstler\*innen kämpfen. Die Entwicklungen von KI wirken sich auf jede Sparte der  
873 Kulturproduktion aus und eröffnen auch hier neue Spielräume. Wir werden die  
874 Auswirkungen von KI auf den Kulturbereich, besonders im Hinblick auf faire  
875 Arbeitsbedingungen und Entlohnung, Persönlichkeitsrechte, Datenschutzvorgaben  
876 und Urheberrecht prüfen. Wir wollen bei der Verwendung urheberrechtlich  
877 geschützter Daten für KI-Systeme erreichen, dass Urheber\*innen ihre Rechte und  
878 Vergütungsansprüche zum Beispiel durch Lizenz- oder Abgabenmodelle künftig  
879 durchsetzen können. Wir fordern Transparenz hinsichtlich des Einsatzes von KI  
880 und eine bessere Erkennbarkeit.

881

882 Bibliotheken leisten einen zentralen Beitrag zur Medienkompetenz und damit zu  
883 unserer Demokratie. Sie ermöglichen Zugang zu Bildung und Kultur unabhängig von  
884 der sozialen Lage. Wir stärken analoge und digitale Bibliotheksangebote mit  
885 erweiterten Öffnungszeiten und finden Möglichkeiten, dass Bibliotheken Bücher  
886 unter Wahrung der Interessen der Urheber\*innen analog zum physischen Verleih  
887 auch per E-Lending verleihen können.

## 888 **Für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft**

889 Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland. Menschen kommen aus  
890 unterschiedlichen Gründen zu uns. Deshalb braucht es eine echte  
891 Willkommenskultur. Einwanderung ist Teil unserer gesellschaftlichen und  
892 ökonomischen Stärke. Sie ist deshalb für uns eine Gestaltungsaufgabe, der wir  
893 uns annehmen. Wir schotten uns nicht ab, schon gar nicht in Europa. Wir verbinden  
894 Humanität und Ordnung.

895 Wir sind auf die Einwanderung von dringend benötigten Fach- und Arbeitskräften  
896 angewiesen, um unseren Wohlstand zu sichern und als Wirtschaftsstandort  
897 attraktiv zu bleiben. Dabei stehen wir auch im internationalen Wettbewerb um  
898 Fach- und Arbeitskräfte, weswegen es so wichtig war, endlich ein  
899 Einwanderungssystem auf der Höhe der Zeit zu schaffen. Mit dem  
900 Fachkräfteeinwanderungsgesetz und zahlreichen Erleichterungen beim  
901 Arbeitsmarktzugang Geflüchteter haben wir hierfür den Grundstein gelegt. Damit  
902 sich Fach- und Arbeitskräfte für unser Land entscheiden, stellen wir nach  
903 Jahrzehnten der Abschottung unseres Arbeitsmarktes endlich die Digitalisierung  
904 der Visavergabe vom Kopf auf die Füße. Das heißt: Visa komplett zu  
905 digitalisieren und Wartezeiten zu verkürzen. Darauf wollen wir weiter aufbauen,  
906 indem wir mehr Berufs- und Bildungsabschlüsse noch leichter anerkennen sowie die  
907 Anrechnung von Berufserfahrung entbürokratisieren und vereinfachen – für eine  
908 echte Willkommenskultur. Die bisherigen Ausländerbehörden werden so zu  
909 Einwanderungsbehörden. Wir wollen, dass sich Menschen in unserem Land ohne  
910 Vorurteile und Diskriminierung willkommen fühlen.

911 Mit der Einführung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts haben wir der  
912 Realität unserer vielfältigen Gesellschaft endlich Rechnung getragen. Die  
913 Staatsbürgerschaft stellt für Menschen, die schon lange hier leben – zum  
914 Beispiel die Generation der Gastarbeiter\*innen –, ein dauerhaftes Band  
915 rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und Zugehörigkeit sicher. Wir wollen, dass z.B.  
916 auch Alleinerziehende, pflegende Angehörige und Menschen mit Behinderung und  
917 schweren Erkrankungen gleichberechtigten und unbürokratischen Zugang dazu  
918 erhalten. Es darf keine Staatsbürger\*innen erster und zweiter Klasse und auch  
919 keine Staatsangehörigkeit auf Abruf geben. Wie im Grundgesetz verankert, darf  
920 die deutsche Staatsangehörigkeit nicht entzogen werden und eine mehrfache  
921 Staatsangehörigkeit nicht zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung von  
922 deutschen Staatsbürger\*innen führen. Wir schaffen ein rechtssicheres  
923 Anerkennungsverfahren zur Feststellung von staatenlosen Menschen und ihren  
924 Kindern.

925 Dabei sind Flucht und Arbeitsmigration grundsätzlich zu unterscheiden, denn sie  
926 folgen unterschiedlichen Logiken. Arbeitsmigration folgt der Nachfrage nach  
927 Arbeitskräften, die Aufnahme von Schutzsuchenden den humanitären  
928 Verpflichtungen. Gleichzeitig vertreten wir den pragmatischen Ansatz des  
929 „Spurwechsels“ und gestalten ihn sinnvoll aus. Außerdem braucht es für beides –  
930 Arbeitsmigration und Asylrecht – wirksame Instrumente und eine verlässliche  
931 Finanzierung der Integration. Mit dem Chancenaufenthaltsrecht haben wir viele  
932 gut integrierte Menschen aus der Duldung geholt, ihnen eine echte  
933 Bleibeperspektive gegeben und gleichzeitig die Ausländerbehörden stark  
934 entlastet. Es ist beispielgebend, weitere Reformen müssen folgen. Wir wollen  
935 eine funktionierende und pragmatische Flucht- und Migrationspolitik. Dafür wollen  
936 wir wissenschaftliche Expertise stärker in politische Entscheidungen einbeziehen  
937 und ein beratendes Gremium mit Expert\*innen aus Wissenschaft, Forschung, der  
938 kommunalen Praxis und mit Betroffenen einrichten.

939 Eine Einwanderungsgesellschaft muss Perspektiven schaffen und Ankommen  
940 ermöglichen. Sie stellt aber auch Anforderungen wie die Bereitschaft sich  
941 einzubringen an die, die zu uns kommen. Die Einwanderungsgesellschaft  
942 funktioniert nur, wenn wir zusammenkommen und einen gemeinsamen Weg einschlagen.  
943 Damit das gelingt, braucht es auch dauerhafte Strukturen. Insbesondere dort, wo  
944 es schon bisher an bezahlbarem Wohnraum fehlte, an Personal bei der  
945 Kinderbetreuung und in Behörden, haben sich die Herausforderungen verstärkt. Die  
946 Situation ist für viele Landkreise und Kommunen herausfordernd, für einige  
947 überfordernd. Wir wollen für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen und die Kommunen  
948 mit einer Integrationsoffensive stärker und verlässlicher finanziell  
949 unterstützen. Dazu zählt das Angebot von ausfinanzierten, bedarfsgerechten und  
950 qualifizierten Integrations- und Sprachkursen, die direkt nach der Ankunft  
951 zugänglich sind. Bei diesen muss sichergestellt sein, dass Barrieren für  
952 Teilhabe abgebaut werden, insbesondere für Eltern und Mütter, die beim  
953 Spracherwerb benachteiligt sind. Ergänzend wollen wir digitale Angebote zum  
954 Spracherwerb vom ersten Tag an schaffen. Wir stärken die  
955 Migrationsberatungsstellen und die Jugendmigrationsdienste, damit sie Menschen  
956 von Beginn an beraten können. Die dezentrale Unterbringung ist zu bevorzugen.

957 Geflüchtete sollten Möglichkeiten nutzen dürfen, aus einer Unterkunft  
958 auszuziehen. Familienbezüge und individuelle Anknüpfungspunkte müssen  
959 berücksichtigt werden. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen besondere  
960 Unterstützung. Wir setzen uns gegen Standardabsenkungen und für eine kinder- und  
961 jugendgerechte Unterbringung ein. Ein Schulbesuch, psychosoziale Hilfe und die  
962 Unterstützung vulnerabler Gruppen müssen von Inobhutnahme an schnell  
963 sichergestellt werden. Wir bauen die psychosoziale Hilfe aus und unterstützen  
964 vulnerable Gruppen von Beginn an. Bund, Länder, Kommunen und die  
965 Zivilgesellschaft haben in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet, den  
966 Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und sie zu versorgen.  
967 Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen sowie  
968 die vielen Freiwilligen haben dabei Unschätzbares geleistet.

969

970 Wir stehen für soziale Teilhabe. Politische Maßnahmen, wie zum Beispiel die  
971 Bezahlkarte, müssen so ausgestaltet sein, dass sie Bürokratie verringern und  
972 Integration ermöglichen. Das haben wir in Hannover erfolgreich vorgemacht - ganz  
973 ohne unangemessene Bargeldobergrenze. Es muss immer sichergestellt werden, dass  
974 keine Kürzung unter das verfassungsrechtlich geschützte Existenzminimum erfolgt.  
975 Auch zu guter Gesundheitsversorgung wollen wir allen Menschen unbürokratischen  
976 Zugang ermöglichen.

977 Der stärkste Motor für Integration sind Spracherwerb, Arbeit und Beschäftigung.  
978 Denn dort, wo Menschen sich verständigen können und gemeinsam etwas schaffen,  
979 wächst unsere Gesellschaft zusammen. Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen.  
980 Hier haben wir in der Bundesregierung bereits erhebliche Verbesserungen erzielt  
981 und werden bestehende Arbeitsverbote abschaffen sowie die Verfahren vereinfachen  
982 und beschleunigen. Jetzt geht es prioritär darum, Geflüchtete tatsächlich in den  
983 Arbeitsmarkt zu bringen.

984 Wenn sich Arbeitgeber\*innen und Geflüchtete einig sind, sollte der Staat nicht  
985 mit unnötiger Bürokratie im Weg stehen. Damit entlasten wir auch  
986 Arbeitgeber\*innen. Deswegen werden wir kurze Fristen einführen, nach denen  
987 arbeitsbezogene Genehmigungen als erteilt, wenn durch die Ausländerbehörde nicht  
988 aktiv Widerspruch eingelegt wird. So schaffen wir auch Planungssicherheit für  
989 Arbeitgeber\*innen und Geflüchtete. Anstatt Menschen in prekäre nicht-reguläre  
990 Arbeitsverhältnisse zu drängen, wollen wir sie in gute  
991 Beschäftigungsverhältnisse bringen. Mit frühzeitiger Beratung und einem  
992 Kompetenzcheck wollen wir sicherstellen, dass Menschen gute Perspektiven  
993 bekommen und ihre Qualifikationen einbringen können. Die Anerkennung  
994 ausländischer Abschlüsse und Qualifikationen wollen wir vereinfachen.

## 995 **Für ein Land, das Schutz bietet**

996 Weltweit fliehen so viele Menschen vor Krisen und Konflikten wie nie zuvor – die  
997 meisten innerhalb ihres Landes oder in Nachbarregionen. Hinzu kommen die sich  
998 verschärfende Klimakrise sowie wirtschaftliche und soziale Umstände, die  
999 Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen. Deswegen wollen wir Fluchtursachen  
1000 bekämpfen. Mit vorausschauender Diplomatie, Krisenprävention, verlässlicher  
1001 und ausreichend finanzierter humanitärer Hilfe in Krisenlagen, einer

1002 nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit, Wiederaufbau und fairen  
1003 Handelsbedingungen leisten wir hierzu unseren Beitrag und setzen uns dafür ein,  
1004 dass andere Länder ebenso Verantwortung übernehmen.  
1005 Die Klimakrise ist an vielen Orten längst Realität und zwingt bereits heute  
1006 Menschen zum Verlassen von ihrem Zuhause. Die westlichen Industriestaaten sind  
1007 historisch die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase und tragen  
1008 besondere Verantwortung. Auch neue große Emittenten müssen ihren Beitrag  
1009 leisten. Gemeinsam mit den betroffenen Staaten wollen wir Maßnahmen zur  
1010 Klimaanpassung und klimabedingter Migration und Flucht ergreifen, damit Menschen  
1011 geschützt werden können. Sie dürfen nicht in eine Schutzlücke geraten.  
1012 Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen Schutzstatus.

1013 Deutschland bietet vielen Menschen Schutz, die vor Krieg und Verfolgung fliehen.  
1014 Wir verteidigen wir das Grundrecht auf Asyl und stehen zu unseren  
1015 völkerrechtlichen Verpflichtungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention, dem  
1016 subsidiären Schutz und der europäischen Menschenrechtskonvention. Wir wollen  
1017 zügige und faire Verfahren und damit Klarheit für Betroffene und für die  
1018 Kommunen schaffen. Wir stehen weiterhin zum Kirchenasyl. Wir stellen uns gegen  
1019 reine Symbolpolitik und einen Kurs der Asylrechtsverschärfungen, die nur zu  
1020 Lasten der Schutzsuchenden gehen und Integration behindern.

1021 Kinder brauchen ihre Eltern, Eltern brauchen ihre Kinder – auch um anzukommen  
1022 und sich zu integrieren. Daher wollen wir weiter den Familiennachzug ermöglichen  
1023 und existierende Einschränkungen aufheben. Die Verfahren des Familiennachzugs  
1024 wollen wir beschleunigen und auf Sprachnachweise im Rahmen der  
1025 Familienzusammenführung vor der Einreise absehen.

1026 Die Einstufung von sicheren Herkunftsländern und sicheren Drittstaaten darf nur  
1027 parlamentarisch nach klaren grundrechts- und menschenrechtsorientierten  
1028 Kriterien getroffen werden. Statt Länder politisch als sichere Dritt- oder  
1029 Herkunftsstaaten einzustufen, braucht es rechtssichere, zügige und faire  
1030 Verfahren.

1031 Nicht jede bzw. jeder, die bzw. der nach Deutschland kommt, kann bleiben. Wer  
1032 nach individueller Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen  
1033 sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat und bei dem  
1034 keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die  
1035 freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang. Für uns ist klar, dass Menschen nicht  
1036 in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei denen menschenrechtliche oder  
1037 völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Abschiebungen in Kriegs- und  
1038 Krisengebiete verbieten sich. Wir wollen Schutz vor Unrechtsregimen wie den  
1039 Taliban bieten und sie nicht durch Rückführungsvereinbarungen politisch  
1040 legitimieren. Ausreisepflichtige, die schwere Straftaten begangen haben, müssen  
1041 nach Verbüßung ihrer Strafen prioritär zurückgeführt werden.



1042 **Für eine europäische und internationale Flucht- und**  
1043 **Migrationspolitik**

1044 Wir wollen eine gemeinsame europäische Migrationspolitik vorantreiben – mit  
1045 einer fairen, verbindlichen und solidarischen Verteilung von Schutzsuchenden in  
1046 Europa. Europa geht nur gemeinsam und geordnete Migration nur europäisch.

1047 Uns eint der Wille, uns weiterhin mit aller Kraft für eine Verbesserung der  
1048 Situation für Schutzsuchende und eine bessere Organisation von Migration  
1049 einzusetzen. Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) setzen  
1050 wir, wie jedes Recht, auf nationaler Ebene grund- und menschenrechtskonform um.  
1051 Dabei werden wir uns mit all unseren Möglichkeiten dafür einsetzen, dass  
1052 Integration gefördert, rechtsstaatliche Verfahren möglichst umfassend  
1053 gewährleistet und keine zusätzlichen, unnötigen Einschränkungen des Asylrechts  
1054 stattfinden.

1055

1056 Menschenrechte müssen überall in der EU eingehalten werden – auch an den  
1057 Außengrenzen. Dafür setzen wir uns für ein effektives Menschenrechtsmonitoring  
1058 und ein konsequentes Vorgehen gegen illegale Pushbacks ein. Wir wollen, dass die  
1059 Überwachung der Einhaltung der Grundrechte in Deutschland gemäß den Leitlinien  
1060 der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union gesetzlich geregelt wird und  
1061 die unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands entsprechend  
1062 finanziell ausgestattet wird. Die Aufnahmebedingungen müssen europaweit auf ein  
1063 menschenwürdiges Niveau angehoben werden, um Menschen nicht durch Armut,  
1064 Obdachlosigkeit oder Diskriminierung zur Sekundärmigration zu zwingen. Die  
1065 besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen wie Frauen, Kinder, queere Menschen  
1066 oder Menschen mit Behinderung müssen im Asylverfahren berücksichtigt werden.  
1067 Außerdem dürfen Menschen nicht inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen.  
1068 Kinder müssen grundsätzlich immer unter Respekt der UN-Kinderrechtskonvention  
1069 untergebracht werden. Haft ist mit dem Kindeswohl grundsätzlich nicht vereinbar.

1070 Unsere Haltung ist klar: Das Recht auf Einzelfallprüfung und das  
1071 Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall. Der Asylantrag von Menschen,  
1072 die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft  
1073 werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten  
1074 entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende  
1075 viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen  
1076 ablenken.

1077

1078 Stattdessen setzen wir auf eine menschenrechtsbasierte Zusammenarbeit mit Dritt-  
1079 und Transitstaaten, denn mehr geregelte Migration ermöglicht weniger unregelmäßige  
1080 Migration. Wir wollen Migration besser ordnen bzw. steuern und hierfür weitere  
1081 menschenrechtsbasierte Migrationsabkommen abschließen und bestehende zügig  
1082 umsetzen. Das heißt: Wir schaffen durch Visaabkommen und  
1083 Ausbildungspartnerschaften für Studierende, Auszubildende und Fachkräfte  
1084 geregelte Migrationswege. Dafür nehmen die Partnerländer Staatsangehörige  
1085 zurück, die bei uns kein Aufenthaltsrecht haben. Hierfür arbeiten wir stärker  
1086 mit Herkunftsländern und Transitstaaten zusammen. Migrationsabkommen sollen auch

1087 bessere Lebensbedingungen vor Ort schaffen. Nur so werden wir die ungeordnete  
1088 und oft lebensgefährliche Migration nach Europa wirksam und langfristig  
1089 reduzieren können. Migrationsabkommen sollen ein Gesamtkonzept aus diesen  
1090 Bausteinen umfassen. Internationale Zusammenarbeit darf nicht einseitig  
1091 migrationspolitischen Interessen untergeordnet werden. Wir fördern außerdem die  
1092 durch Migration und insbesondere zirkuläre Migration entstehenden wertvollen  
1093 Verbindungen zwischen Diaspora in Deutschland und den Herkunftsgesellschaften.

1094 Wir verteidigen unsere Demokratie und den Rechtsstaat gegen hybride Angriffe –  
1095 dazu zählt auch die Verteidigung des individuellen Rechts auf Asyl. Putins  
1096 Russland und Lukaschenkos Belarus missbrauchen das Leid von Geflüchteten für  
1097 geopolitische Interessen. Wir werden alle rechtsstaatlichen und politischen  
1098 Möglichkeiten ausschöpfen, um die Instrumentalisierung von Schutzsuchenden,  
1099 insbesondere durch Staaten wie Russland und Belarus, zu verhindern. Der  
1100 Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert  
1101 werden, stellen wir uns entschieden entgegen. Wer vor dem Kriegsdienst flieht,  
1102 beispielsweise um nicht für Putins völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu  
1103 kämpfen, sollte entsprechend der EuGH-Rechtsprechung Schutz in Europa finden.

1104 Das Recht auf Freizügigkeit und der Abbau von Schlagbäumen an den Binnengrenzen  
1105 zählen zu den größten Errungenschaften in Europa, die durch das Schengen-  
1106 Abkommen verwirklicht worden sind. Gerade in Deutschland, im Herzen Europas, ist  
1107 das Miteinander mit unseren Nachbarn Alltagsrealität der Menschen - besonders in  
1108 den Grenzregionen. Der offene europäische Binnenmarkt ist ein Grundpfeiler  
1109 unserer Wirtschaft. Dauerhafte stationäre Binnengrenzkontrollen lehnen wir  
1110 deshalb ab. Für Freiheit und Sicherheit in Europa müssen wir aber wissen, wer  
1111 nach Europa kommt. Daher sind rechtsstaatliche Kontrollen an den Außengrenzen  
1112 und eine zuverlässige Registrierung der Menschen unabdingbar.

1113

1114 Grenzkontrollen an der Außengrenze sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die  
1115 zunehmend von europäischen Beamt\*innen übernommen werden sollte. Wir wollen die  
1116 europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache Frontex rechtsstaatlich  
1117 weiterentwickeln. Es bedarf einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von  
1118 Frontex-Einsätzen. Frontex darf sich nicht an menschenrechtswidrigen Einsätzen  
1119 beteiligen und muss solche Einsätze beenden. Es muss einfacher werden, Frontex  
1120 und nationale Behörden für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen. Opfer  
1121 solcher Rechtsverstöße, insbesondere an den Außengrenzen, brauchen juristische  
1122 Unterstützung.

1123 Seenotrettung ist eine humanitäre Verpflichtung. Das Sterben im Mittelmeer muss  
1124 enden. Es braucht endlich eine europäische Initiative für eine staatlich  
1125 koordinierte und ausreichend finanzierte Seenotrettung. Solange dies nicht  
1126 erreicht ist, wollen wir die Förderung der zivilen Seenotrettung fortführen. Der  
1127 Kriminalisierung der Seenotrettung oder humanitären Hilfe stellen wir uns  
1128 entgegen. Für diese Position wollen wir Rechtssicherheit schaffen und setzen uns  
1129 für einen eindeutigen Tatbestandsausschluss auf allen politischen Ebenen ein.

1130 Wir wollen, dass Menschen Schutz finden, ohne lebensgefährliche Fluchtrouten  
1131 wählen zu müssen. Für besonders gefährdete Gruppen wollen wir deshalb humanitäre

1132Aufnahme- und Resettlementprogramme - auch auf Landesebene - unterstützen. Wir  
1133wollen weiterhin Verantwortung für Afghan\*innen übernehmen, die wegen ihrer  
1134Arbeit für die Bundesregierung oder ihres Einsatzes für ein demokratisches  
1135Afghanistan besondere Risiken auf sich genommen haben sind. Für Ortskräfte und  
1136bedrohte Frauen- und Menschenrechtler\*innen, die aus Afghanistan, nach Pakistan,  
1137Iran oder in die Türkei geflohen sind, müssen humanitäre Visa unbürokratisch  
1138erteilt werden. Wir wollen sichere und geordnete Migrationswege ermöglichen,  
1139denn so schützen wir Menschenleben und legen Schlepperbanden und Menschenhandel  
1140das Handwerk. Dabei braucht es eine kooperative Zusammenarbeit von Bund,  
1141Ländern, Städten und Gemeinden.

## 1142 **B. Ein Leben in Sicherheit**

### 1143 **Für gute Polizeiarbeit gegen Kriminalität**

1144Die Freiheit aller bedeutet uns alles. Aber ohne Sicherheit ist Freiheit wenig  
1145wert. Damit alle Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben  
1146können, müssen sie sicher sein und sich auch sicher fühlen. Die beste Form der  
1147Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen wird. Gute  
1148Präventionsarbeit und soziale Infrastruktur sind daher immer auch ein Beitrag  
1149zur Sicherheit. Eine gut ausgestattete, moderne Polizei ergänzt dabei eine  
1150wirksame Kriminalprävention. Dazu gehört auch eine gute Aus- und Fortbildung.  
1151Engagierte Polizist\*innen leisten ihre wichtige Arbeit für unser Zusammenleben  
1152und unsere Bürger\*innenrechte, häufig unter hohem persönlichen Einsatz.

1153Wir wollen die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt (BKA) so aufstellen, dass  
1154sie das Personal, die Technik, Know-How und auch die verfassungskonformen  
1155Befugnisse haben, die sie für eine effektive Aufgabenerfüllung benötigen. Die  
1156gesetzlichen Grundlagen der Polizeien des Bundes wie das Bundespolizeigesetz  
1157werden wir modernisieren und dabei auch Antworten auf neue Bedrohungen geben.  
1158Dazu zählt, dass wir polizeiliche Ermittlungen im digitalen Raum stärken.  
1159Rechtsgrundlagen müssen stets zielgerichtet und anlassbezogen wirken. Wir  
1160bringen eine evidenzbasierte Innenpolitik mit Bürger\*innenrechten in Einklang  
1161und adressieren die Ursachen von Kriminalität.

1162Wir wollen mit Investitionen auch dafür sorgen, dass die Polizei in modernen  
1163Liegenschaften und mit guter Ausrüstung arbeiten kann, auch digital.  
1164Kriminalität verlagert sich zunehmend in den digitalen Raum – die Polizei muss  
1165hier technisch mithalten können.

1166Um Kriminalität vorzubeugen, wollen wir Kriminalitätsentwicklungen im Blick  
1167behalten und wissenschaftliche Expertise stärker einbeziehen. Den periodischen  
1168Sicherheitsbericht, der diese Arbeit bündelt, wollen wir daher gesetzlich  
1169verankern. Mit wissenschaftlich fundierten Erfassungssystemen und Datenbanken  
1170werden präzise Lagebilder und Beurteilungen ermöglicht, eine gute  
1171Ermittlungsarbeit befördert und die Grundlage für angemessene und rechtssichere  
1172polizeiliche Maßnahmen gelegt. Daher wirken wir auf die Verbesserung

1173 polizeilicher Datenbanken im polizeilichen Informationsverbund hin. Wir  
1174 reformieren die Polizeistatistik, um Hasskriminalität besser zu erfassen.

1175 Wir haben dafür gesorgt, dass es für Extremist\*innen in Zukunft schwieriger  
1176 wird, legal in den Besitz von Waffen zu kommen. Wer den Sicherheitsbehörden als  
1177 Verfassungsfeind\*in bekannt ist, darf keine Waffen besitzen. Die Anzahl an  
1178 legalen und illegalen Schusswaffen hat in den vergangenen Jahren zugenommen.  
1179 Noch immer werden zu viele Gewalttaten mit Schusswaffen begangen, gerade im  
1180 häuslichen Bereich. **Jeder Mensch, der durch eine Schusswaffe stirbt, ist einer**  
1181 **zu viel.** Daher werden wir die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen und  
1182 anderer gefährlicher Waffen, wie SRS-Waffen, weiter einschränken und hierfür das  
1183 Waffenrecht verschärfen. Schreckschusswaffen sollen nur noch mit kleinem  
1184 Waffenschein erworben werden dürfen. Für eine konsequente Durchsetzung des  
1185 Waffenrechts, wollen wir die Zusammenarbeit der Sicherheits- und  
1186 Aufsichtsbehörden stärken. Gegen den illegalen Waffenhandel gehen wir  
1187 entschieden vor.

1188 Polizeiarbeit beruht auf Vertrauen und ist Voraussetzung dafür, dass die Polizei  
1189 ihren komplexen Aufgaben nachkommen kann. Mit dem Polizeibeauftragten des Bundes  
1190 haben wir eine Anlaufstelle für Polizist\*innen und Bürger\*innen geschaffen, die  
1191 wir stärken und weiterentwickeln wollen. Dadurch verbessern wir auch die  
1192 Arbeitsbedingungen für Polizist\*innen. Als ausführendes Organ des staatlichen  
1193 Gewaltmonopols hat die Polizei zudem eine besondere Verantwortung. Mit einem  
1194 Ticketsystem für Kontrollen, das die Gründe für Kontrollen darlegt, wollen wir  
1195 polizeiliches Handeln transparenter machen. Dabei wollen wir polizeiliche  
1196 Kontrollbefugnisse so ausgestalten, dass diese rechtssicher angewandt werden  
1197 können. Zudem führen wir für die Bundespolizei eine anonymisierte  
1198 Kennzeichnungspflicht ein. In der Aus- und Fortbildung wollen wir für Diversität  
1199 sensibilisieren und eine gute Fehlerkultur entwickeln. Polizeiliches Handeln und  
1200 Einstellungsmuster sind in Deutschland vergleichsweise wenig erforscht. Deshalb  
1201 wollen wir die Polizei stärker für wissenschaftliche Forschung öffnen. Den  
1202 Umgang mit psychischen Ausnahmesituationen wollen wir stärker in den Fokus  
1203 nehmen und die psychosoziale Notfallversorgung von Einsatzkräften und  
1204 Betroffenen verbessern.

1205 Wenn die Sicherheitsbehörden in Europa zusammenarbeiten, schaffen sie mehr  
1206 Sicherheit für die Menschen in einem zusammenwachsenden Europa. Hierfür bauen  
1207 wir die gemeinsamen Zentren der Polizei in den Grenzregionen aus. Die  
1208 europäische Polizeibehörde Europol wollen wir zu einem Europäischen Kriminalamt  
1209 weiterentwickeln und mit eigenen operativen Möglichkeiten ausstatten.

### 1210 **Für einen verstärkten Einsatz gegen Organisierte** 1211 **Kriminalität**

1212 Der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität ist für uns ein Schwerpunkt.  
1213 Kriminelle Gruppen bedrohen Menschen mit Gewalt und verursachen in Deutschland  
1214 wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe. Ihre Auswirkungen sind weltweit zu  
1215 spüren und zersetzen auch durch Gewalt und Korruption ganze Staaten. Eine  
1216 wesentliche Triebfeder für die Organisierte Kriminalität ist der illegale

1217 Drogenhandel sowie der Menschenhandel und die Zwangsprostitution. Der Schaden  
1218 für die Gesellschaft ist enorm, wenn kriminelle Gruppierungen legale  
1219 Wirtschaftsbereiche wie zum Beispiel die Bauwirtschaft oder den Immobilienhandel  
1220 unterwandern und so Preise in die Höhe getrieben werden.

1221 Um dem entgegenzutreten, stärken wir die zuständigen kriminalpolizeilichen  
1222 Bereiche des BKA, der Bundespolizei sowie des Zolls. Wir verbessern die  
1223 Zusammenarbeit und den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden von Bund  
1224 und Ländern mit der Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums Organisierte  
1225 Kriminalität auf gesetzlicher Grundlage. Wir wollen, dass die  
1226 Sicherheitsbehörden so aufgestellt werden, dass sie einen stärkeren Fokus auf  
1227 Strukturermittlungsverfahren legen können. Die wissenschaftliche Forschung im  
1228 Bereich der Organisierten Kriminalität wollen wir stärken. Auch internationale  
1229 Kooperationen werden wir stärken, zum Beispiel durch gemeinsame Ermittlungen  
1230 oder den Einsatz von Kontaktbeamt\*innen in anderen Staaten. Die Kompetenzen der  
1231 EUSTA wollen wir auf die grenzüberschreitende Bekämpfung der Organisierten  
1232 Kriminalität ausweiten.

1233 Wir wollen, dass Organisierte Kriminalität härter bestraft wird. Deswegen wollen  
1234 wir den Straftatbestand der kriminellen Vereinigung weiterentwickeln, damit er  
1235 ein scharfes und zielgenaues Instrument wird. Ein nachhaltiges Vorgehen gegen  
1236 kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und  
1237 durch eine stärkere politische Befassung gelingen und muss auf Prävention und  
1238 Aufklärung setzen. Deshalb setzen wir uns für den Aufbau einer unabhängigen  
1239 zivilgesellschaftlichen Beobachtungsstelle für Organisierte Kriminalität ein.

## 1240 **Für eine klare Kante gegen Geldwäsche und organisierten** 1241 **Steuerbetrug**

1242 Deutschland wird häufig als Geldwäscheparadies bezeichnet. Rund 100 Milliarden  
1243 Euro aus schweren Straftaten werden jährlich in Deutschland „gewaschen“. Dem  
1244 stellen wir uns entgegen: Mit klaren Regeln und schlagkräftig aufgestellten  
1245 Behörden wie dem Bundesamt für die Bekämpfung der Finanzkriminalität, das wir zu  
1246 einer Finanzpolizei ausbauen. Dieses soll jährlich über seine Ermittlungserfolge  
1247 berichten.

1248 Wir müssen die Kriminellen dort treffen, wo es ihnen weh tut – beim Geld.  
1249 Deswegen müssen wir es einfacher machen, Vermögen einzuziehen, das durch  
1250 kriminelle Machenschaften erlangt wurde. Dafür wollen wir auch die  
1251 Vermögensabschöpfung stärker nutzbar machen. Die Einführung der administrativen  
1252 Vermögensermittlung wollen wir prüfen. Das EU-Geldwäschepaket wollen wir zügig  
1253 und ambitioniert umsetzen und dabei auch die Forderungen des Europäischen  
1254 Parlamentes berücksichtigen. Mit einer bundesweiten Servicestelle wollen wir die  
1255 Expertise über den Missbrauch von Kryptowährungen bündeln und für die Länder  
1256 nutzbar machen. Wir wollen es Kriminellen schwerer machen, ihr Geld mithilfe  
1257 komplizierter Unternehmensstrukturen zu verstecken. Deswegen entwickeln wir das  
1258 Transparenzregister für Unternehmen weiter und stärken die internationale  
1259 Zusammenarbeit der Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden.

1260 Steuerhinterziehung und Manipulationen im Finanzmarkt kosten unsere  
1261 Volkswirtschaft Milliardenbeträge. Wir werden Maßnahmen ergreifen, damit  
1262 Betrugsfälle wie Cum-Ex und Cum-Cum oder organisierte Steuerkarusselle der  
1263 Vergangenheit angehören. Dafür stärken wir die Finanzaufsicht und gewährleisten  
1264 zuverlässige Prüfungen. Die Kapazitäten und Kompetenzen der Bundesebene zur  
1265 Verfolgung schwerer Finanz- und Steuerkriminalität wollen wir deutlich steigern.  
1266 Dazu werden wir die Behörden so ausstatten, dass frühzeitige Ermittlungen  
1267 sichergestellt werden können und somit eine Verjährung von Steuerstraftaten  
1268 verhindert wird. Mehr Transparenz zu Unternehmenssteuern und - oft  
1269 verschachtelten und verschleierten - Eigentumsverhältnissen und bessere  
1270 Kapazitäten im Steuervollzug helfen dabei. Wir wollen die Heraufstufung von  
1271 bestimmten Fällen besonders schwerer Steuerhinterziehung zu einem Verbrechen  
1272 prüfen.

### 1273 **Für ein entschiedenes Vorgehen gegen Extremismus und Terror**

1274 Menschenverachtende und verfassungsfeindliche Ideologien – egal ob politisch  
1275 oder religiös motiviert – säen Hass, spalten unsere Gesellschaft und sind der  
1276 Wegbereiter für Gewalt und Terror. Weil sich die Erscheinungsformen stetig  
1277 wandeln und durch Radikalisierung im digitalen Raum komplexer werden, müssen wir  
1278 ihnen aufmerksam und energisch entgegenreten und Instrumente entsprechend  
1279 anpassen. Gerade junge Leute radikalieren sich heute vermehrt im digitalen  
1280 Raum. Es braucht passgenaue Medienbildung für unterschiedliche Zielgruppen, um  
1281 der Radikalisierung in allen Teilen der Gesellschaft entgegenzuwirken.

1282 Die größte Gefahr für unsere Demokratie geht weiterhin vom Rechtsextremismus  
1283 aus. Diese Einschätzung wird auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz geteilt.  
1284 Ausdruck hiervon ist auch ein Höchststand an festgestellten rechtsextremen  
1285 Straftaten. Hinzu kommt die weiterhin sehr konkrete und ernste Bedrohungslage  
1286 durch den Islamismus. Die wehrhafte Demokratie muss den aktuellen Bedrohungen  
1287 für die freiheitlich demokratische Grundordnung konsequent entgegenreten.

1288 Mit frühzeitiger Prävention verhindern wir, dass sich Menschen radikalieren.  
1289 Wir brauchen Programme wie „Demokratie leben!“, die über Rechtsextremismus und  
1290 Islamismus im analogen und digitalen Raum aufklären. Wir brauchen Angebote für  
1291 Opfer von rechter und rassistischer Gewalt. Wir brauchen Angebote für  
1292 Aussteiger\*innen aus den extremistischen Szenen oder Deradikalisierungsprogramme  
1293 für den Justizvollzug. Diese Arbeit wollen wir finanziell stärken und dauerhaft  
1294 mit einem Demokratiefördergesetz gesetzlich absichern.

1295 Extremistische Netzwerke müssen von den Sicherheitsbehörden frühzeitig erkannt,  
1296 intensiv beobachtet und Vereinsverbote konsequent ausgesprochen werden. Der  
1297 Staat muss sicherstellen, dass Verfassungsfeind\*innen keine öffentlichen Ämter  
1298 bekleiden und weder in der öffentlichen Verwaltung Verantwortung tragen noch in  
1299 Sicherheitsbehörden oder Bundeswehr tätig sind. Dafür braucht es rechtssichere  
1300 Prüfverfahren. Verfassungsfeind\*innen dürfen nicht an Waffen gelangen und müssen  
1301 konsequent entwaffnet werden. Hierfür nehmen wir insbesondere die rechtsextreme  
1302 Szene in den Blick. Wir treten dafür ein, dass eine Vorurteilsmotivation bei

1303 Straftaten konsequent berücksichtigt und hierfür geprüft wird, ob rechtliche  
1304 Anpassungen notwendig sind.

1305 Wir werden den neuen und komplexen Gefahren durch Investitionen in unsere Innere  
1306 Sicherheit begegnen. Dafür werden wir die Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den  
1307 Terrorismus stärken und das BKA und den Verfassungsschutz dafür mit ausreichend  
1308 Personal und Technik und verfassungskonformen Befugnissen ausstatten, damit sie  
1309 Terrorist\*innen ausfindig machen und Anschlagpläne frühzeitig aufdecken können.  
1310 Wir ergreifen Maßnahmen, um es den Behörden zu ermöglichen Finanzströme  
1311 extremistischer Gruppierungen aufdecken und trockenlegen zu können. Top-  
1312 Gefährder\*innen müssen länderübergreifend stets im Blick der Sicherheitsbehörden  
1313 sein, lückenlos überwacht und – wo immer möglich – strafrechtlich verfolgt  
1314 werden. Damit das gelingt, muss europaweit einheitlich klar sein, wen wir als  
1315 Gefährder\*innen in den Blick nehmen.

1316 Auf nationaler Ebene müssen alle zuständigen Behörden von Bund und Ländern  
1317 engstens in den Gemeinsamen Zentren zur Terrorismusbekämpfung zusammenarbeiten –  
1318 mit klar geregelten Verantwortlichkeiten und einer soliden gesetzlichen Basis.  
1319 Es muss sichergestellt sein, dass Informationen die zuständigen Behörden  
1320 frühzeitig erreichen. Wir werden prüfen, ob die Sicherheitsbehörden alle  
1321 notwendigen Befugnisse haben, um Terrorismus effektiv und zielgerichtet zu  
1322 bekämpfen. Die Ergebnisse der Überwachungsgesamtrechnung werden wir analysieren  
1323 und umsetzen. Aktionismus stellen wir eine verantwortungsvolle  
1324 Sicherheitspolitik entgegen. Die wissenschaftliche Untersuchung über  
1325 Entwicklungen von Phänomenbereichen werden wir stärker in die Sicherheitspolitik  
1326 einbeziehen.

1327 Deutschland wurde in den vergangenen Jahren durch viele furchtbare rechtsextreme  
1328 und islamistische Terrorakte erschüttert. Im Umgang mit deren Opfern wurden  
1329 viele Fehler gemacht. Daher wollen wir die Unterstützung für die Opfer von  
1330 Terrorismus und deren Angehörige vom Staat weiter stärken und finanziell  
1331 absichern. wird. Damit sie eine zuverlässige Anlaufstelle haben, haben wir das  
1332 Amt des Opferbeauftragten geschaffen. Wir wollen die Aufarbeitung von  
1333 Terroranschlägen fortführen und der Opfer angemessen gedenken.

### 1334 **Für einen krisenfesten Bevölkerungsschutz**

1335 Extremwetterereignisse oder Katastrophen: Außerordentliche Ereignisse können das  
1336 Leben Tausender Menschen im Handumdrehen auf den Kopf stellen, Existenzen  
1337 vernichten und enorme Umweltschäden verursachen. Durch die Klimakrise werden  
1338 Stürme, Überschwemmungen oder Dürreperioden weiter zunehmen.

1339 Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz und eine gute Krisenprävention können  
1340 dazu beitragen, Schäden abzuwenden oder zu verringern. Deutschland verfügt mit  
1341 rund 1,7 Millionen Freiwilligen im Bevölkerungsschutz und seiner dezentralen  
1342 Struktur über ein leistungsfähiges Hilfenetz. Wir wollen das Ehrenamt bei der  
1343 freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk und den Hilfsorganisationen  
1344 unterstützen und fördern – zum Beispiel mit guten Freistellungsregelungen, der  
1345 Gleichstellung der Ehrenamtlichen bei Einsätzen oder Ausbildung oder  
1346 Erleichterungen für Ehrenamtliche. Wir wollen Menschen mit Behinderungen aktiv

1347in den Bevölkerungsschutz einbeziehen. Außerdem werden wir sicherstellen, dass  
1348vulnerable Gruppen bei Planungen des Bevölkerungsschutzes stärker berücksichtigt  
1349werden.

1350Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz braucht gute Liegenschaften, zeitgemäße  
1351Ausrüstung, moderne Fahrzeuge und eine fortschrittliche Ausbildung. Wir werden  
1352weiter in den Bevölkerungsschutz investieren. Dazu zählt eine ausreiche  
1353Materialreserve und der Fähigkeitsausbau für CBRN-Gefahren. Wir schaffen  
1354verlässliche digitale Systeme, eine morderne Cyberhilfe und bauen die  
1355Warninfrastruktur aus . Wir wollen, dass sich der Bund stärker engagiert, das  
1356Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mehr Kompetenzen  
1357bekommt und die länderübergreifende Zusammenarbeit ausgebaut wird.

1358Wir bauen die länderübergreifenden Katastrophenschutzübungen anhand von  
1359Risikoszenarien aus und ergänzen diese durch einen stärkeren und praktischen  
1360Einbezug der Hilfsorganisationen. Die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung  
1361stärken wir, indem wir den Bevölkerungsschutztag weiterentwickeln und Angebote  
1362für alle Menschen in der Krisenvorsorge anbieten. Darüber hinaus wollen die  
1363Ertüchtigung vorhandener Schutzbauten prüfen. Die Zeitenwende muss sich auch im  
1364Bevölkerungsschutz widerspiegeln.

### 1365 **Für die Verbindung von innerer und äußerer Sicherheit**

1366Damit unser Land sicher bleibt, damit unsere Stromnetze, Mobilfunkdienste oder  
1367Server geschützt sind – unsere Kritische Infrastruktur (KRITIS), die für unseren  
1368Wohlstand entscheidend ist –, müssen wir die innere und äußere Sicherheit  
1369stärker zusammendenken. Denn Grenzen zwischen kriminellen oder terroristischen  
1370Organisationen und Staaten verschwimmen immer mehr. Länder wie Russland nutzen  
1371gezielt hybride Angriffe, Sabotageaktionen und Einflusskampagnen, um in  
1372Deutschland und Europa Angst zu schüren, Bündnisse zu destabilisieren und  
1373Schaden zuzufügen. Beschädigungen von Datenkabeln und KRITIS, Drohnenüberflüge  
1374an Bundeswehrstandorten oder Brandsätze in der Luftfracht haben gezeigt, wie  
1375verletzlich unsere Infrastruktur bzw. wie konkret die Bedrohung ist. Wir setzen  
1376Staaten etwas entgegen, die mit gezielten Aktionen im Graubereich feindliche  
1377Angriffe auf uns durchführen. Dafür wollen wir neue völkerrechtliche Instrumente  
1378vorantreiben, die den Schutz globaler Infrastruktur gewährleisten. Für uns ist  
1379ein integrierter Sicherheitsbegriff leitend, den wir in der Nationalen  
1380Sicherheitsstrategie verankert haben.

1381Die Nachrichtendienste spielen in der inneren und äußeren Sicherheit eine  
1382wichtige Rolle. Sie müssen angemessen ausgestattet sein und brauchen dringend  
1383eine solide Gesetzesgrundlage, damit sie Gefahren frühzeitig erkennen und  
1384bewältigen können. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) werden wir in der  
1385Spionageabwehr und den Bundesnachrichtendienst in der Auslandsaufklärung so  
1386aufstellen, dass sie besser als bisher die Demokratie vor Angriffen schützen  
1387können. Wir wollen, dass das BfV stärker wissenschaftliche,  
1388zivilgesellschaftliche und öffentliche Quellen in seine Analyse einbezieht.  
1389Dafür wollen wir auch die unabhängige wissenschaftliche Forschung zu  
1390verfassungsfeindlichen Bestrebungen stärken und fördern. Den Militärischen



1391Abschirmdienst wollen wir so aufstellen, dass er seine Aufgaben wahrnehmen und  
1392die Angehörigen der Bundeswehr weltweit gut schützen kann. Die europäische  
1393Zusammenarbeit wollen wir durch die Gründung einer Europäischen  
1394Nachrichtendienstagentur verbessern. Wir setzen auf rechtsstaatlich handelnde  
1395Nachrichtendienste und eine effektive parlamentarische Kontrolle.

1396Mit dem KRITIS-Dachgesetz, das konkrete Sicherheitsstandards formuliert, haben  
1397wir einen Grundstein gelegt. Es braucht aber eine weitere Stärkung unserer  
1398Infrastruktur und zugleich einer resilienten Wirtschaft. Wir wollen, dass unsere  
1399Infrastrukturen sicher sind, die Kontrolle darüber hier verbleibt und unsere  
1400Schlüsseltechnologien geschützt werden. Mit einem Investitionsschutzgesetz  
1401wollen wir Schlupflöcher beim Erwerb von KRITIS durch ausländische  
1402Investor\*innen schließen. Für die KRITIS-Betreiber\*innen wollen wir  
1403Beratungsangebote für Schutzmöglichkeiten stärken.

#### 1404 **Für IT-Sicherheit und gegen systematische Desinformation**

1405Autoritäre Staaten und andere Akteure nutzen systematisch  
1406Desinformationskampagnen, um unsere Demokratie anzugreifen, unsere Wahlen zu  
1407beeinflussen und unsere Gesellschaften zu spalten. Das ist eine massive  
1408Herausforderung, vor der alle demokratischen Gesellschaften weltweit stehen und  
1409die auch den Zusammenhalt und die Demokratie in unserem Land gefährdet. Deswegen  
1410entwickeln wir Maßnahmen in einer bundesweiten Strategie gegen Desinformation  
1411weiter und beziehen hierbei Wissenschaft und zivilgesellschaftliche  
1412Organisationen ein. Es braucht es wachsame Institutionen und verlässliche  
1413Informationen, beispielsweise durch unabhängige Medien. Medienbildung kann die  
1414Menschen bei der Erkennung von Desinformation unterstützen. Zudem sehen wir in  
1415anderen demokratischen Gesellschaften, wie wichtig es ist, unabhängige Stellen  
1416zu haben, die Deepfakes, groß angelegte und gesteuerte Kampagnen mit  
1417Falschnachrichten und andere, die Demokratie zersetzende Inhalte frühzeitig  
1418erkennen. Die großen Medienplattformen werden wir auch auf Ebene der EU in die  
1419Pflicht nehmen, wirksame Maßnahmen gegen die Verbreitung von Desinformation  
1420vorzunehmen. Die systematische Verbreitung von Desinformation im Auftrag eines  
1421fremden Staates wollen wir strafrechtlich fassen. Wir werden systematische  
1422Desinformation bekämpfen. Dafür nehmen wir auch das manipulierende und  
1423künstliche Verbreiten von entsprechenden Inhalten z.B. durch Bots in den Blick.  
1424Den Kauf oder das Anbieten von Likes oder Followern auf Online-Plattformen  
1425wollen wir als unlautere Geschäftspraktik untersagen. Wir stärken die effektiven  
1426Möglichkeiten der deutschen Strafverfolgungsbehörden im digitalen Raum, um gegen  
1427Organisierte Kriminalität und Hasskriminalität vorgehen zu können und bei  
1428anonymisierten Accounts, die derzeit strafrechtlich kaum verfolgt werden können,  
1429Strafverfolgung mit der Login-Falle und durch Gerichte angeordnete  
1430Accountsperrern zu ermöglichen. Wir werden Maßnahmen gegen Plattformen ergreifen,  
1431die durch autoritäre Staaten genutzt werden, um systematische Desinformation zu  
1432verbreiten.

1433Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sichert die pluralistische, staatsferne und  
1434unabhängige Berichterstattung und kann daher durch die Beachtung höchster

1435journalistischer Standards ein Punkt der Orientierung auch im Angesicht von  
1436Desinformationskampagnen und Falschmeldungen sein. Es ist wichtig, dass er diese  
1437bewährte Funktion auch im Digitalen ausfüllen und weiterentwickeln kann. Die  
1438dafür nötigen Reformen sichern wir mit einer auskömmlichen Finanzierung und  
1439verlässlichen Rahmenbedingungen und beziehen uns bei der Ausgestaltung unter  
1440anderem auf die Vorschläge der KEF. Auf europäischer Ebene unterstützen wir eine  
1441Plattform, die länderübergreifend u.a. die öffentlich-rechtlichen  
1442Informationsangebote zusammenführt und zugänglich macht und eine Alternative zu  
1443den derzeitigen, rein kommerziellen Angeboten darstellt.

1444Die deutsche Wirtschaft erleidet jährlich einen Schaden von mehr als 200  
1445Milliarden Euro durch Cyberangriffe, Datendiebstahl und Spionage. Auch  
1446Wissenschaftseinrichtungen geraten zunehmend ins Visier. Diese Angriffe kommen  
1447hauptsächlich aus dem Ausland, insbesondere aus China und Russland. Wir werden  
1448mit einem Cybersicherheitsstärkungsgesetz unsere IT-Infrastruktur härten und  
1449widerstandsfähiger gegen Angriffe machen. Das Bundesamt für Sicherheit in der  
1450Informationstechnik muss eine stärkere und unabhängige Rolle beim Schutz  
1451digitaler Infrastruktur bekommen und zur Zentralstelle ausgebaut werden. Unser  
1452Ziel ist es, digitale Netze und Einrichtungen durch wirksame IT-  
1453Sicherheitsmaßnahmen robust gegen Hackerangriffe zu machen. Wir wollen die  
1454rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für sichere „Digitale Botschaften“  
1455schaffen. Damit wollen wir relevante öffentliche Datenbanken absichern, um sie  
1456auch in Krisenfällen vorzuhalten. Wir werden die europäische Richtlinie zur  
1457Cybersicherheit bürokratiearm und zügig umsetzen. Wir wollen Personen, die  
1458strukturiert nach Sicherheitslücken im Interesse der Allgemeinheit suchen,  
1459Rechtssicherheit und Unterstützung geben.

## 1460 **Für die Verteidigung von Frieden und Freiheit**

1461Russlands Überfall auf die Ukraine verdeutlicht, dass Frieden, Freiheit und  
1462Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind. Sie müssen immer wieder aufs Neue  
1463verteidigt und gestärkt werden. Frieden erfordert gerade in diesen Zeiten  
1464Diplomatie und Kooperation, ebenso wie Widerstands- und Wehrfähigkeit. Dafür  
1465braucht es eine europäische Anstrengung. Es braucht eine umfassend angelegte  
1466Herangehensweise, um dem Spektrum an Herausforderungen und Bedrohungen zu  
1467begegnen. Sicherheitspolitik ist mehr als die Summe aus Diplomatie und Militär;  
1468sie muss alle Stränge unserer Politik zusammenführen. Integrierte Sicherheit für  
1469Deutschland heißt: innere und äußere Sicherheit zusammenzudenken sowie den  
1470Schutz unserer Demokratie, unseres Sozialstaates, und unserer Lebensgrundlagen  
1471zu sichern – im Einklang mit einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik  
1472sowie einer starken internationalen Klimapolitik. All diese Elemente einer  
1473integrierten Sicherheit brauchen eine verlässliche Finanzierung.

1474Mit dem russischen Angriff auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 sind wir  
1475in einer anderen Welt aufgewacht. Millionen Ukrainer\*innen verteidigen seither  
1476Tag für Tag ihr Leben, ihre Freiheit und die europäische Friedensordnung gegen  
1477die brutale Aggression Russlands. Dabei stehen wir fest an ihrer Seite – mit  
1478diplomatischer, finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung. Die

1479 Ukraine muss in der Lage sein, sich zu verteidigen und eine starke Position für  
 1480 einen möglichen Friedensprozess sicherzustellen. Dafür wollen wir sie auch  
 1481 weiter in ihrem Recht auf Selbstverteidigung deutlich stärken und ihre  
 1482 Verteidigungsfähigkeit verbessern. Das ist auch unser bester Eigenschutz hier im  
 1483 Herzen Europas. Russlands hybride Angriffe richten sich längst auch gegen uns.  
 1484 Die Souveränität der Ukraine in europäischer Solidarität muss sichergestellt  
 1485 sein. Wir unterstützen die vielfältigen diplomatischen Friedensbemühungen der  
 1486 Ukraine, ihrer Partner und aller Staaten, die glaubwürdig an Frieden  
 1487 interessiert sind, unter dem Grundsatz: „Nichts über die Ukraine, ohne die  
 1488 Ukraine“. Zudem bekräftigen wir das Recht auf freie Bündniswahl und unterstützen  
 1489 die Ukraine auf ihrem Weg zur Mitgliedschaft in der EU und NATO. Putins  
 1490 Zermürbungskrieg gegen die Zivilbevölkerung setzen wir außerdem unsere  
 1491 Unterstützung beim Wiederaufbau entgegen und tragen zur Herstellung  
 1492 grundlegender Infrastruktur wie Wärmeversorgung, Schulen und Krankenhäuser bei.

## 1493 **C. Eine starke Europäische Union**

### 1494 **Für eine EU, die unsere Demokratie verteidigt**

1495 Die EU ist das erfolgreichste Friedensprojekt und Basis für unseren  
 1496 wirtschaftlichen Erfolg. Sie ist die Antwort auf zwei Weltkriege und den  
 1497 Holocaust. Sie ist unsere Lebensversicherung für Frieden, Sicherheit und  
 1498 Wohlstand. Aber der europäische Zusammenhalt ist bedroht: von außen durch  
 1499 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen unsere europäische  
 1500 Friedensordnung, von innen durch Extremist\*innen und Populist\*innen. Deshalb  
 1501 wollen wir die EU stärken. Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen  
 1502 wir dafür besondere Verantwortung. Nationale Alleingänge lehnen wir ab und ein  
 1503 ständiges „German Vote“ ist schädlich. Wir arbeiten an einem Europa, das nach  
 1504 innen durch Freiheit und Demokratie geeint ist, das soziale Sicherheit  
 1505 garantiert und das nach außen kooperative Angebote und robuste Antworten auf die  
 1506 großen Aufgaben gibt, die uns die Entwicklung der Welt bereithält. Deshalb  
 1507 wollen wir die EU erweitern, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren und  
 1508 Frieden, Freiheit und Wohlstand in ganz Europa zu festigen. Um positive Anreize  
 1509 zu setzen für Kandidatenländer, die echte demokratische Reformen umsetzen,  
 1510 setzen wir uns für sichtbare Zwischenschritte im Beitrittsprozess ein. Parallel  
 1511 werden wir die EU reformieren, um sie handlungsfähiger zu machen. Und wir müssen  
 1512 die europäische Demokratie mit ihrem klaren Wertefundament wehrhaft machen.  
 1513 Europe United ist auch unsere Antwort auf Trumps America First.

1514 Unsere Grundwerte bilden das Fundament der EU. Wenn Mitgliedstaaten dagegen  
 1515 verstoßen, kann das nicht folgenlos bleiben. Wir wollen das  
 1516 Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags nutzbar machen, indem in  
 1517 allen Stufen des Verfahrens Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen  
 1518 werden können. Den Rechtsstaatsdialog möchten wir stärken sowie die Freiräume  
 1519 der Zivilgesellschaft gezielter und europaweit schützen. Für uns gilt außerdem:  
 1520 keine EU-Gelder für Antidemokrat\*innen. Wir setzen uns im Rahmen der  
 1521 Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen für strengere Regeln ein, um so

1522 über den bestehenden Konditionalitätsmechanismus hinaus Demokratie und  
1523 Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten zu sichern.

1524 Um die EU bürgernäher und demokratischer zu gestalten, soll das Europäische  
1525 Parlament ein vollwertiges Initiativrecht für die Einbringung von Gesetzen  
1526 bekommen und in allen Politikfeldern mit dem Rat gleichberechtigt Gesetze  
1527 beschließen. In Zukunft soll ein Teil der Abgeordneten über transnationale  
1528 Listen gewählt werden. Bürger\*innen sollen breiter und effektiver beteiligt  
1529 werden. Dafür wollen wir die Europäische Bürgerinitiative und Europäische  
1530 Bürger\*innenforen stärken.

### 1531 **Für eine handlungsfähige EU**

1532 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem  
1533 geopolitischen Interesse. Wir unterstützen den Beitrittswunsch der  
1534 Westbalkanstaaten, der Ukraine, Moldaus und der Georgier\*innen, sofern alle  
1535 Beitrittskandidaten die notwendigen Kriterien erfüllen. Wir sehen den mutigen  
1536 und unermüdlichen Einsatz der proeuropäischen, demokratischen Kräfte z.B. in  
1537 Georgien, Serbien und anderen Ländern mit Beitrittsperspektive. Wir unterstützen  
1538 solche Initiativen, die zentral sind, um diesen Ländern eine Zukunft in der EU  
1539 zu ermöglichen. Kandidatenländer und enge EU-Partner wie Armenien unterstützen  
1540 wir in ihrem Kampf gegen Destabilisierung durch Russland und anderen  
1541 Bedrohungen. Auch eine demokratische Türkei hat ihren Platz in der EU, doch eine  
1542 Wiederaufnahme der Beitrittsgespräche setzt einen glaubhaften Kurswechsel bei  
1543 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz voraus. Wir wollen die  
1544 vielfältigen Beziehungen zwischen der Türkei, Deutschland und Europa stärken und  
1545 die türkische Zivilgesellschaft unterstützen.

1546 Mit dem Ziel einer starken, handlungsfähigeren EU möchten wir die laufende  
1547 Legislatur zu einer Reformlegislatur machen. Dafür soll das Prinzip der  
1548 Einstimmigkeit in allen Politikbereichen – auch in der Gemeinsamen Außen- und  
1549 Sicherheitspolitik – durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden. Wo Reformen  
1550 mit allen Mitgliedstaaten nicht möglich sind, wollen wir im Rahmen der in den  
1551 EU-Verträgen festgelegten "Verstärkten Zusammenarbeit" vorgehen die stets  
1552 offen für alle Mitgliedsländer ist. Besonders mit Frankreich und Polen wollen  
1553 wir die EU gemeinsam voranbringen. Deshalb haben wir so stark in die deutsch-  
1554 französische Kooperation und das Weimarer Dreieck investiert. Eine Reihe der  
1555 Reformvorschläge, für die wir eintreten, bedarf einer Änderung der EU-Verträge.  
1556 Deswegen wollen wir uns dafür einsetzen, einen Verfassungskonvent einzuberufen.  
1557 Unsere Vision ist eine Föderale Europäische Republik mit eigener Verfassung.

1558 Nur ein starkes Europa ist in der Lage, der Wirtschaft im globalen Wettbewerb  
1559 den Rücken zu stärken und damit gute Jobs zu sichern. Für die dringend  
1560 benötigten Investitionen in Infrastruktur und den klimaneutralen Ausbau der  
1561 europäischen Wirtschaft muss der nächste EU-Finanzrahmen stärker auf Innovation  
1562 und auf die Zukunftsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ausgerichtet werden.  
1563 Europäische öffentliche Güter wie Infrastruktur, Erasmus und andere Austausch-  
1564 und Bildungsprogramme, Forschungskoperationen oder eine gemeinsame europäische  
1565 Asylpolitik werden wir stärken. Außerdem braucht es verbindliche Ziele für den

1566Klima- und Naturschutz, eine starke soziale Säule sowie Investitionen in den  
1567wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, die europäische Resilienz und  
1568internationale Zusammenarbeit. Für zivilgesellschaftliche Akteure und  
1569Unternehmen muss es einfacher werden, auf EU-Fördermittel zuzugreifen.

1570Dafür braucht es aber auch mehr Finanzkraft auf europäischer Ebene. Wir wollen  
1571die finanzielle Ausstattung der EU durch ein Anwachsen des EU Finanzrahmens und  
1572neue Eigenmittel verbessern. Einnahmen, die durch europäische Instrumente  
1573entstehen, sollen mehrheitlich dem EU-Haushalt zugutekommen. Sollten die USA die  
1574globalen Vereinbarungen über die Besteuerung digitaler Großkonzerne nicht mehr  
1575umsetzen, setzen wir uns in der EU für eine Europäische Digitalkonzernsteuer  
1576ein. Investitionen mit höchster Priorität für unsere Sicherheit, unseren  
1577Wohlstand, den sozialen Frieden und den Klimaschutz wollen wir mit den  
1578Mitgliedstaaten unter Einbeziehung aller Finanzierungsoptionen gemeinsam  
1579stemmen. Für die Bewältigung großer Herausforderungen haben sich auch gemeinsame  
1580europäische Anleihen bewährt, etwa im Rahmen der Europäischen Investitionsbank.

## 1581 **D. Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik in Verantwortung**

### 1582 **Für eine aktive Außenpolitik**

1583Als Teil der Bundesregierung haben wir in schwierigen Zeiten Verantwortung  
1584übernommen, sind daran gewachsen und stehen bereit, diese weiterhin zu tragen.  
1585Dieser Verantwortung werden wir mit einer aktiven Außenpolitik in starken  
1586Bündnissen gerecht – für ein starkes Deutschland, in einem friedlichen Europa,  
1587in einer stabilen Welt.

1588Die EU ist Garantin für Frieden und Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Die EU  
1589als weltpolitische Akteurin steht im Zentrum unserer Außenpolitik. Denn wir  
1590haben ein stärkeres Gewicht auf der internationalen Bühne, wenn wir mit unseren  
1591europäischen Partnern geeint auftreten und mit einer Stimme sprechen. Gemeinsam  
1592stehen wir an der Seite der Ukraine – so lange und so entschlossen, bis die  
1593Ukrainer\*innen wieder in Frieden leben können. Frieden ist mehr als die  
1594Abwesenheit von Krieg. Frieden ist ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Würde.  
1595Wir wollen Verantwortung dafür übernehmen, eine dauerhaft stabile  
1596Friedensordnung in Europa zu gestalten und dabei insbesondere die an Russland  
1597grenzenden Partnerländer berücksichtigen.

1598Putins Russland stellt derzeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit  
1599in Europa dar. Es braucht eine neue strategische Auseinandersetzung mit diesem  
1600autoritären und zunehmend totalitären Russland von heute. Das gewaltsame  
1601Verschieben von Grenzen darf nicht erfolgreich sein. Denn wenn sich die  
1602imperialen Bestrebungen eines Aggressors gegenüber dem Völkerrecht durchsetzen,  
1603ist auch der Frieden weltweit in Gefahr. Wir setzen auf wirtschaftliche und  
1604sicherheitspolitische Maßnahmen, die Russlands militärischen Sieg verhindern,  
1605den ökonomischen Druck auf das Regime erhöhen und unsere eigene  
1606Handlungsfähigkeit wahren. **Wir setzen uns dafür ein, dass die Sanktionen gegen  
1607Russland zur Eindämmung der Aggression ausgeweitet werden, etwa auf die  
1608Atomwirtschaft.** Gegen Sanktionsverletzungen müssen die EU und ihre  
1609Mitgliedstaaten entschieden vorgehen und dabei auch internationale Partner in

1610die Pflicht nehmen. Darüber hinaus wollen wir prüfen, inwieweit neben den  
1611Erträgen auch die stillgelegten russischen Vermögenswerten rechtssicher für die  
1612Unterstützung der Ukraine nutzbar gemacht werden können. Wir reichen denjenigen  
1613Russ\*innen die Hand, die sich als Teil der demokratischen Zivilgesellschaft  
1614glaubwürdig für ein Ende des Kriegs, für Frieden und Freiheit einsetzen. Auch  
1615die belarusische Demokratiebewegung werden wir vor Ort und im Exil in ihrem  
1616Kampf gegen die Lukaschenka-Diktatur bestmöglich unterstützen.

1617Die USA sind Europas zentraler Partner bei globalen Krisen und Konflikten. Trotz  
1618aller Unterschiede und Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Ausrichtung der  
1619USA verbinden uns gemeinsame Werte, Interessen sowie tiefe kulturelle,  
1620historische und gesellschaftliche Bande. Auch zukünftig werden wir für die USA  
1621ein verlässlicher Verbündeter bleiben. Gleichzeitig müssen wir die europäische  
1622Souveränität stärken, geschlossen und entschlossen für unsere Werte und  
1623Interessen eintreten und politische Differenzen ehrlich und offen ansprechen.

1624Wir bleiben fest in unseren Bündnissen verankert. Zugleich sind wir auf  
1625vielfältige und starke Partnerschaften angewiesen – vor allem im Globalen Süden.  
1626Wir wollen unsere Zusammenarbeit mit Ländern in Asien, Afrika, Lateinamerika und  
1627Nahost gezielt ausbauen und um Partnerschaften basierend auf gegenseitigem  
1628Vertrauen und Transparenz sowie gemeinsamen Interessen werben. So gewinnen wir  
1629auch Verbündete für die Reform des multilateralen Systems, für den Einsatz für  
1630Menschenrechte weltweit, für globale Herausforderungen wie den Kampf gegen den  
1631Klimawandel und in der systemischen Auseinandersetzung mit autoritären Regimen.

1632China versucht zunehmend aggressiv, das internationale System nach seinen  
1633Interessen umzubauen und den militärischen Druck in der Straße von Taiwan zu  
1634erhöhen. Für uns ist China systemischer Rivale, Wettbewerber und Partner, doch  
1635die Rivalität rückt immer mehr in den Fokus Pekings. Mit der ersten China-  
1636Strategie der Bundesregierung haben wir begonnen, die jahrelange Naivität in der  
1637deutschen China-Politik zu beenden – diese gilt es nun konsequent gemeinsam mit  
1638unseren europäischen Partnern umzusetzen und weiterzuentwickeln. Dazu zählt auch  
1639das sogenannte De-Risking: wir wollen einseitige und risikoreiche Abhängigkeiten  
1640von China abbauen und unsere Handelsbeziehungen breiter aufstellen, um  
1641wirtschaftliche Stabilität und politische Handlungsfreiheit langfristig zu  
1642gewährleisten. Wir stärken unsere Zusammenarbeit mit Partnerstaaten im  
1643Indopazifik, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Handel, Klima,  
1644Wissenschaft und Technologie. Im Rahmen der Ein-China-Politik betrachten wir  
1645Taiwan als wichtigen demokratischen Wertepartner und wollen den Austausch  
1646intensivieren. Eine Änderung des Status quo in der Taiwan-Straße darf nicht  
1647gegen den Willen Taiwans erfolgen.

1648Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die  
1649Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem  
1650Holocaust auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels ist für uns  
1651unverhandelbar. Daraus folgt das Recht Israels, sich im Rahmen des Völkerrechts  
1652gegen Angriffe zu verteidigen. Wir stehen ein für die Sicherheit von Israelis  
1653und Palästinenser\*innen.

1654

1655 Die anhaltende Bedrohung des Staates Israels sowie die Angriffe und den Terror  
1656 gegen seine Bevölkerung verurteilen wir. Dauerhafte Sicherheit für Israelis und  
1657 Palästinenser\*innen ist nur durch einen politischen Prozess und eine verhandelte  
1658 Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der Grenzen von 1967 möglich. Dafür setzen wir uns  
1659 ein. Deswegen verurteilen wir auch Siedlungsbau und Annexionspläne der  
1660 israelischen Regierung, die gegen das Selbstbestimmungsrecht der  
1661 Palästinenser\*innen verstoßen, sowie Siedlergewalt.

1662

1663 Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die Verantwortung, für das humanitäre  
1664 Völkerrecht einzutreten, um menschliches Leid zu verhindern und Warnsignale  
1665 ernst zu nehmen. Deswegen haben wir uns so intensiv dafür eingesetzt, dass die  
1666 von der Hamas festgehaltenen Geiseln befreit werden, die Zivilbevölkerung  
1667 geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen erreicht und es zu einem  
1668 Waffenstillstand kommt. Das Leid in Gaza ist unerträglich. Zu viele  
1669 Zivilist\*innen haben ihr Leben verloren, was auch Teil des zynischen Kalküls der  
1670 Hamas war, deren Kämpfer sich unter den Zivilist\*innen versteckt hatten. Der  
1671 Bevölkerung fehlt es trotz intensiver Bemühungen von UN- und Hilfsorganisationen  
1672 an fast allem, was es zum Leben braucht. Weite Teile von Gaza liegen in  
1673 Trümmern.

1674

1675 Die Vereinbarungen zu einem Waffenstillstand sind eine Erleichterung, sie bieten  
1676 eine Chance auf Verbesserung der humanitären Lage und müssen nun vollumfänglich  
1677 umgesetzt werden, damit das Leid auf beiden Seiten endlich ein Ende finden kann.  
1678 Auch im Libanon bietet sich nach Jahren der Krise ein Moment der Chance für  
1679 Reformen und Veränderungen. Wir setzen uns weiter für die konsequente Umsetzung  
1680 von Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrats und eine Stabilisierung des Libanon  
1681 ein. Jedes Menschenleben ist gleich viel wert. Menschlichkeit ist unteilbar.

1682

1683 Israel muss sich und seine Bürger\*innen gegen den Terror der Hamas sowie die  
1684 Raketen des iranischen Regimes und seinen Stellvertretern in der Region  
1685 verteidigen können. Doch das ist kein Blankoscheck für Rüstungsexporte. Bei  
1686 jeder Entscheidung über Rüstungsexporte ist das humanitäre Völkerrecht zu  
1687 beachten. Wenn dem Schutz der Zivilbevölkerung nicht genug Rechnung getragen  
1688 ist, dürfen im Einzelfall solche Waffen nicht exportiert werden.

1689 Das Assad-Regime ist für Jahrzehnte von Unterdrückung, Folter, Mord und  
1690 Vertreibung verantwortlich. Diese dunkle Phase der syrischen Geschichte endet  
1691 mit seinem Fall. Viele Syrer\*innen hoffen nun auf ein Leben in Frieden und  
1692 Freiheit. Auf diesem Weg unterstützen wir sie, im Rahmen der EU und der UN: für  
1693 einen friedlichen und demokratischen Transformationsprozess, der alle  
1694 Syrer\*innen, gleich welchen Glaubens, welcher Ethnie und welchen Geschlechts am  
1695 politischen Prozess beteiligt, ihnen Rechte gewährt und Schutz bietet. Dabei  
1696 müssen alle Bevölkerungsgruppen inklusive Kurden, Jesiden, Drusen, Alawiten und  
1697 Christen berücksichtigt werden. Um einen solchen Prozess zu ermöglichen,  
1698 erwarten wir von den Nachbarstaaten, das Selbstbestimmungsrecht, die  
1699 Souveränität und territoriale Integrität Syriens zu achten.

1700

1701 Für eine friedliche und inklusive Zukunft Syriens ist es wichtig, dass schwerste  
1702 Menschenrechtsverletzungen aufgearbeitet werden. Kriegsverbrechen und Verbrechen  
1703 gegen die Menschlichkeit müssen - auch in Deutschland nach dem Weltrechtsprinzip  
1704 - aufgearbeitet und Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

1705

1706 Wir werden unseren Beitrag leisten, damit Syrien ein stabiles, freies und  
1707 friedliches Land wird, in das Menschen, die bei uns Zuflucht gefunden haben,  
1708 sicher und selbstbestimmt zurückkehren können. Dazu gehört, dass wir weiter  
1709 humanitäre Hilfe leisten, den Wiederaufbau fördern und bestehende EU-  
1710 Wirtschaftssanktionen abbauen, um einen Neuanfang in Syrien und nachhaltige  
1711 Stabilität in der Region zu unterstützen. Wir bieten den Menschen, die in den  
1712 letzten Jahren bei uns Zuflucht gefunden haben, eine verlässliche Perspektive.  
1713 Viele wollen aktiv bei diesem Wiederaufbau mitwirken. Wir unterstützen sie  
1714 dabei, indem wir bürokratische Vorgaben reduzieren, die ihnen dabei bisher im  
1715 Wege stehen, ohne dass sie in der derzeitig noch volatilen Lage ihren  
1716 Aufenthaltstitel verlieren. Denn noch ist völlig unklar, in welche Richtung sich  
1717 Syrien entwickelt. In dieser unklaren Lage, halten wir die übereilten  
1718 Forderungen nach Rückführungen für falsch.

1719

1720 Das iranische Regime begeht massive Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land  
1721 und destabilisiert die ganze Region, unter anderem durch Stellvertreter wie  
1722 Hisbollah, Hamas und die Huthis. Wir werden die Sanktionen gegen die  
1723 Verantwortlichen des Regimes fortlaufend prüfen und weiterentwickeln sowie ihre  
1724 Einhaltung streng überprüfen. Ziel unserer Sanktionspolitik ist es, den  
1725 iranischen Machtapparat zu treffen, nicht die Menschen im Iran. Deswegen setzen  
1726 wir uns weiter für die rechtssichere Terrorlistung der Revolutionsgarden auf EU-  
1727 Ebene ein und unterstützen die iranische Zivilgesellschaft. Es braucht zudem  
1728 weitere gemeinsame diplomatische Anstrengungen, um die Freilassung der politisch  
1729 Gefangenen zu bewirken und die nukleare Bewaffnung des Irans zu verhindern.  
1730 Dabei wollen wir die Lehren aus den Verhandlungen um das JCPoA ziehen.

1731

1732 Der Krieg in Sudan hat zu einer der größten humanitären Krisen unserer Zeit  
1733 geführt. Gemeinsam mit unseren Partnern setzen wir uns dafür ein, dass die  
1734 Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zurückkehren und humanitären Zugang  
1735 ermöglichen. Nur so kann die Hungersnot beendet werden. Wir leisten humanitäre  
1736 Hilfe, unterstützen zivilgesellschaftliche Akteur\*innen und nutzen die uns im  
1737 Rahmen der EU zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um die externe  
1738 Unterstützung der Konfliktparteien einzudämmen.

1739 Wir setzen uns für eine vorausschauende und kohärente Außen-, Sicherheits- und  
1740 Entwicklungspolitik ein, die Krisen und Konflikte frühzeitig erkennt und mit  
1741 gezielten und koordinierten Maßnahmen menschliches Leid verhindert. Grundlage  
1742 dafür sind ein ressortgemeinsames Lagebild und Lagezentrum über die Bedrohungen,  
1743 Risiken und Chancen für unsere Sicherheit, wirkungsorientierte Strategien sowie  
1744 eine starke ressortübergreifende Koordination.

1745

1746 Wir wollen ein Zentrum für strategische Vorausschau schaffen, das mit Blick auf



1747die Herausforderungen einer umfassenden Sicherheitspolitik und breiter Expertise  
1748aus unterschiedlichsten Bereichen Zukunftsszenarien entwickelt und aus diesen  
1749Handlungsmöglichkeiten ableitet. Mit modernen Formen der Beteiligung sollen  
1750zudem Impulse von Bürger\*innen aufgenommen und Raum für Debatte geschaffen  
1751werden.

## 1752 **Für einen zukunftsfesten Multilateralismus**

1753Die regelbasierte internationale Ordnung ist das Fundament unseres Friedens. Die  
1754multilaterale Zusammenarbeit und starke internationale Organisationen sind der  
1755Schlüssel zur Bewältigung globaler Herausforderungen. Diese Ordnung gerät  
1756zunehmend unter Druck: Verstöße gegen die gemeinsamen Regeln nehmen zu,  
1757Abschottung und Protektionismus sind auf dem Vormarsch. Wir treten ein für eine  
1758Welt, in der sich Kooperation vor Konkurrenz und Krieg behauptet und die Stärke  
1759des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert.

1760Mit dem UN-Zukunftspakt haben wir den Grundstein für eine Reform der UN gelegt.  
1761Dazu gehört eine Reform des Sicherheitsrats, mit der wir eine gerechtere  
1762Repräsentation der Weltregionen gewährleisten wollen. Wir wollen diese  
1763Vereinbarungen nun gemeinsam mit den UN-Mitgliedstaaten umsetzen. Bei  
1764anhaltenden Blockaden im Sicherheitsrat setzen wir uns dafür ein, die  
1765Möglichkeiten der UN-Generalversammlung gemäß der Resolutionen "Uniting For  
1766Peace" und "Veto Initiative" nutzbar zu machen und so die Handlungsfähigkeit der  
1767internationalen Gemeinschaft zu verbessern. Zudem wollen wir uns als Teil einer  
1768digitalen Außenpolitik in der UN und in internationalen Foren aktiv für ein  
1769globales, offenes und selbstverwaltetes Internet sowie für den  
1770verantwortungsvollen Umgang mit Künstlicher Intelligenz einsetzen.

1771Mehr Verantwortung in den UN erfordert von Deutschland und der EU, ihr  
1772Engagement diplomatisch, finanziell und personell weiter zu verstärken. Mittel  
1773für humanitäre Hilfe sollen flexibler eingesetzt, mehrjährig vergeben, und enger  
1774mit entwicklungspolitischen Maßnahmen verzahnt werden, um Herausforderungen in  
1775fragilen Kontexten gerecht zu werden, die Planbarkeit zu verbessern und Krisen  
1776nachhaltig vorzubeugen. Während die UN eine unverzichtbare Rolle in der  
1777humanitären Hilfe einnehmen, wollen wir auch lokale humanitäre Organisationen  
1778weiter stärken. Durch humanitäre Diplomatie tragen wir dazu bei, dass die Hilfe  
1779bei der notleidenden Bevölkerung ankommt und Helfer\*innen geschützt sind.

1780Aus unserer historischen Verantwortung für die Verbrechen der Nazi-Herrschaft  
1781sowie der Kolonialvergangenheit ergibt sich für uns eine besondere Verpflichtung  
1782zum Schutz des Völkerrechts. Als internationale Gemeinschaft tragen wir  
1783Verantwortung, gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen vorzugehen und diese  
1784strafrechtlich zu ahnden. Deswegen wollen wir die internationale  
1785Strafgerichtsbarkeit und das Völkerstrafrecht stärken und seine Fortentwicklung  
1786aktiv vorantreiben. Wir stehen unverbrüchlich hinter dem Internationalen  
1787Strafgerichtshof und seinem Auftrag, Verantwortliche für Verbrechen gegen das  
1788humanitäre Völkerrecht und das Völkerstrafrecht zur Verantwortung zu ziehen.  
1789Denn niemand steht über dem Völkerrecht - es gilt überall. In enger Abstimmung  
1790mit unseren internationalen Partnern setzen wir uns für die strafrechtliche

1791 Verfolgbarkeit des Verbrechens der Aggression und eine entsprechende Reform des  
1792 Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs ein.

### 1793 **Für Menschenrechte und demokratische Entwicklung**

1794 Eine starke Zivilgesellschaft ist das Rückgrat einer wehrhaften Demokratie und  
1795 eines nachhaltigen Friedens. Menschen, die sich weltweit für eine nachhaltige  
1796 Entwicklung, Demokratie, Frauen- und Menschenrechte einsetzen, geraten zunehmend  
1797 unter Druck. Autoritäre Regime und autokratische Tendenzen schränken die  
1798 Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit ein, unterdrücken zivilgesellschaftliches  
1799 Engagement, gefährden Aktivist\*innen und verfolgen Dissident\*innen – auch im  
1800 Ausland und im digitalen Raum. In dieser systemischen Auseinandersetzung setzen  
1801 wir uns entschlossen für die liberale Demokratie ein und machen uns dafür stark,  
1802 dass Menschenrechte in allen Bereichen konsequent umgesetzt werden. Dadurch  
1803 stärken wir auch unsere Sicherheit, unsere Freiheit und unseren Wohlstand.

1804 Wir wollen zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrem Kampf für  
1805 Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit gezielt und unkompliziert unterstützen.  
1806 Dazu gehören auch Schutzprogramme für verfolgte Menschenrechtsverteidiger\*innen,  
1807 Journalist\*innen, Künstler\*innen, Wissenschaftler\*innen und Studierende vor Ort  
1808 oder notfalls im Exil. Auch Deutschland ist ein sicherer Zufluchtsort für viele  
1809 Verfolgte. Wir wollen die Aufnahme von besonders gefährdeten Aktivist\*innen  
1810 durch humanitäre Visa und beschleunigte Verfahren weiter unterstützen sowie den  
1811 Schutz vor transnationaler Repression durch gemeinsame europäische Ermittlungen  
1812 und Sanktionen gegen die Verantwortlichen verbessern.

1813 Gerade in Krisenzeiten kann Kultur Brücken bauen und gegenseitiges Verständnis  
1814 fördern. Deswegen wollen wir Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und  
1815 Bildungspolitik stärken und internationale Forschungskooperationen interessen-  
1816 und wertegeleitet ausbauen. Deutschland hat eine immerwährende Verantwortung  
1817 gegenüber den Ländern und Menschen, die unter der Besatzung und den Verbrechen  
1818 des Nationalsozialismus unermessliches Leid erfahren haben. Mit ehemaligen  
1819 deutschen Kolonien wie Namibia haben wir unter Einbeziehung der Nachfahren der  
1820 Opfer den Versöhnungs- und Aufarbeitungsprozess vorangetrieben. Diese Schritte  
1821 werden wir konsequent fortführen. Dabei möchten wir gemeinsame Wege finden,  
1822 Verantwortung für unsere Vergangenheit zu übernehmen und in einem  
1823 völkerrechtlichen Rahmen ideelle und materielle Wiedergutmachung zu leisten.

1824 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, resilienter und  
1825 wirtschaftlich erfolgreicher. Menschen stehen im Zentrum einer feministischen  
1826 Außen- und Entwicklungspolitik. Eine solche Politik identifiziert ungerechte  
1827 Machtstrukturen, benennt sie und hat zum Ziel sie zu durchbrechen. Sie bedeutet,  
1828 die Rechte, Ressourcen und Repräsentation von Frauen, Mädchen und  
1829 marginalisierten Gruppen weltweit zu stärken und alle Diskriminierungsformen,  
1830 auch Mehrfachdiskriminierungen, abzubauen. Wir wollen unseren Einsatz gegen  
1831 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt verstärken, Überlebende besser  
1832 unterstützen, die Umsetzung der Istanbul-Konvention sowie den Schutz von queeren  
1833 Menschen vor Diskriminierung und Gewalt weltweit vorantreiben,  
1834 Geschlechtergerechtigkeit in allen Projekten der internationalen Zusammenarbeit

1835 stärker verankern, mehr Mittel für Frauen- und Menschenrechtsorganisationen  
1836 bereitstellen. Denn wie stark Frauen an der Gesellschaft teilhaben ist ein  
1837 Gradmesser für die Stärke von Gesellschaften.

1838 Das sehen wir insbesondere in den Ländern, in denen Frauenrechte mit Füßen  
1839 getreten werden – wie in Afghanistan, im Iran oder unter der  
1840 Schreckensherrschaft des sogenannten Islamischen Staates (IS). Wir setzen uns  
1841 weiterhin für die Rechte und Unterstützung von Frauen und marginalisierten  
1842 Gruppen in Afghanistan ein, die seit der Machtergreifung der Taliban schwersten  
1843 Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Solange die De-facto Regierung ihren  
1844 internationalen Menschenrechtsverpflichtungen nicht nachkommt, kann es keine  
1845 Rückkehr in die internationale Gemeinschaft geben. Außerdem stehen wir an der  
1846 Seite der feministischen Protestbewegung im Iran und wollen Jesid\*innen, die  
1847 besonders schlimmes Leid und Vertreibung durch den IS erfahren haben, weiter  
1848 schützen. Wir fordern die Innenminister\*innen der Länder dazu auf, einen  
1849 bundesweiten Abschiebestopp in den Iran und von Jesid\*innen zu beschließen.

### 1850 **Für die Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt**

1851 Unsere Sicherheit ist eingebettet in der EU und der NATO. Wir stärken den  
1852 europäischen Pfeiler der NATO. Deutschland und Europa müssen unabhängig von der  
1853 US-Politik mehr Verantwortung für ihre Sicherheit und darüber hinaus übernehmen.  
1854 Das können wir wirksamer und kosteneffizienter bewerkstelligen, je enger wir in  
1855 der EU zusammenarbeiten.

1856 Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen und dem damit verbundenen  
1857 notwendigen Ausbau unserer Fähigkeiten. Die sicherheitspolitische Lage und der  
1858 Rückstand der deutschen Fähigkeiten zur Gesamtverteidigung machen das besonders  
1859 dringlich. Dafür braucht es verlässliche Finanzierung mit einem  
1860 Verteidigungsetat, der dauerhaft die in der NATO vereinbarten und auch national  
1861 definierten Ziele und Bedarfe erfüllt und dafür dauerhaft deutlich mehr als 2  
1862 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Sicherheit und  
1863 Verteidigungsfähigkeit investiert. Dieser wird nicht allein aus laufenden  
1864 Einnahmen finanzierbar sein, sondern wird mittelfristig auch über eine höhere  
1865 Kreditaufnahme finanziert werden müssen, um zu verhindern, dass Investitionen im  
1866 Verteidigungsbereich zu Lasten anderer notwendiger Zukunftsinvestitionen gehen.  
1867 Wie zu Zeiten der Eurokrise und der Pandemie braucht es auch auf europäischer  
1868 Ebene eine gemeinsame finanzielle Kraftanstrengung zur Friedenssicherung in  
1869 Europa, wie es die Europäische Kommission vorgeschlagen hat. Damit wollen wir  
1870 auch europäische Synergieeffekte nutzen.

1871 Es ist in unserem Interesse, auch global für Frieden und Stabilität zu wirken  
1872 und menschliche Sicherheit in den Fokus zu rücken. Dabei setzen wir auf zivile  
1873 Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, die eng mit unseren europäischen  
1874 Partnern abgestimmt ist. Die Fähigkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteuren,  
1875 der EU und UN, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
1876 (OSZE) sowie von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir  
1877 dahingehend bedarfsorientiert und systematisch stärken. Zur besseren  
1878 Koordination unserer entwicklungs- sicherheits- und friedenspolitischen

1879 Maßnahmen, wollen wir diplomatische Kapazitäten in den Auslandsvertretungen  
1880 gezielt aufstocken.

1881 Gerade in diesen Zeiten, in denen einige wenige wieder mit dem Einsatz von  
1882 Atomwaffen drohen, ist es entscheidend, dass wir Abrüstungsinitiativen und  
1883 Rüstungskontrollen vorantreiben. Nur mit gemeinsamen Abrüstungsschritten  
1884 schaffen wir dauerhaft mehr Sicherheit für alle und wahren Frieden und  
1885 Stabilität. Dieser Einsatz ist und bleibt Pfeiler jeder Friedenspolitik.

1886 Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist durch den aggressiven Imperialismus  
1887 Russlands noch wichtiger geworden. Wir werden den Vertrag zur Nichtverbreitung  
1888 von Kernwaffen stärken und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen  
1889 Organisationen sowie Überlebenden von Atomwaffenabwürfen oder -tests ausbauen.  
1890 Dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag als Beobachter konstruktiv  
1891 begleitet ist ein Erfolg grüner Regierungsbeteiligung und ein erster Schritt auf  
1892 dem noch langen Weg zu einem sukzessiven, gemeinsamen Beitritt. Denn echte  
1893 Abrüstung und mehr Sicherheit für alle wird es nur geben, wenn alle Staaten  
1894 glaubhafte Schritte in diese Richtung gehen. In einer Zeit, in der Putins  
1895 Russland bestehende Abrüstungsinitiativen zerstört und mit seinen nuklearen  
1896 Fähigkeiten droht, ist die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO eine essentielle  
1897 Säule unserer Sicherheit.

1898

1899 Es braucht dringend neue Regeln in den Bereichen autonome Waffen, Cyber und  
1900 Weltraum. Entwicklungen in diesen Bereichen verändern grundlegend, wie Kriege  
1901 geführt werden. Für uns ist klar: Wir halten die Entwicklung und den Einsatz von  
1902 letalen vollautonomen Waffensystemen, die gänzlich ohne menschliche Kontrolle  
1903 über Leben und Tod entscheiden, für falsch. Deswegen setzen wir uns intensiv auf  
1904 internationaler Ebene für eine Ächtung ein. **Den militärischen Einsatz von**  
1905 **Künstlicher Intelligenz wollen wir international regulieren.**

1906 Die internationale Rüstungskontrollarchitektur wird in Zeiten von Krieg und  
1907 Krisen extrem herausgefordert. Wir stärken die Sicherheit aller Menschen, indem  
1908 wir mit unseren Partnern unsere Verpflichtungen zu völkerrechtlichen Verträgen  
1909 auch in schwierigen Zeiten aufrechterhalten und die humanitäre und präventive  
1910 Rüstungskontrolle weiterentwickeln.

### 1911 **Für eine moderne, verteidigungsfähige Bundeswehr**

1912 Die Bundeswehr ist ein Grundpfeiler unserer Wehrhaftigkeit. Als fest in die NATO  
1913 integrierte Armee dient sie der Wahrung von Frieden und Stabilität. Angesichts  
1914 der veränderten Sicherheitslage in Europa rückt der Kernauftrag der Bundeswehr –  
1915 die Landes- und Bündnisverteidigung – wieder ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit.  
1916 Es geht wieder darum, unseren Frieden und unsere Sicherheit im äußersten Notfall  
1917 auch militärisch zu verteidigen und potenzielle Aggressoren wirksam abzuschrecken  
1918 und von Angriffen abzuhalten. Dies muss einhergehen mit einer gesamtstaatlich  
1919 und gesamtgesellschaftlich getragenen Zivilverteidigung und Resilienz.

1920 Auch global wachsen die sicherheitspolitischen Herausforderungen. Unsere  
1921 internationale Verantwortung werden wir deshalb auch weiterhin in  
1922 internationalen Friedenseinsätzen annehmen. Auslandseinsätze der Bundeswehr

1923 müssen im Rahmen des Völkerrechts und multilateral verankert sowie in ein  
1924 politisches Gesamtkonzept eingebettet sein, bei dem diplomatische,  
1925 entwicklungspolitische und militärische Maßnahmen ineinandergreifen. Wir wollen  
1926 die parlamentarische Mitbestimmung und Kontrolle weiter verbessern und dafür die  
1927 Evaluierung von Einsätzen verstetigen. Die Lehren und Empfehlungen der Enquete-  
1928 Kommission des Bundestages zu Afghanistan und künftigen vernetzten  
1929 Krisenengagements verdienen sorgfältige Berücksichtigung.

1930 Als einer der größten Arbeitgeber der Bundesrepublik hat die Bundeswehr eine  
1931 große gesellschaftliche Verantwortung und Fürsorgeverpflichtung für alle, die in  
1932 ihr dienen und dienten. Die Prinzipien der Inneren Führung mit dem Leitbild des  
1933 Soldaten bzw. der Soldatin als "Staatsbürger\*in in Uniform" sowie die  
1934 Integration der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft sind für uns leitend. Wir  
1935 stehen ein für eine Bundeswehr, die die Vielfalt unserer Gesellschaft abbildet  
1936 und für alle Menschen ein sicherer Ort ist. Die Rekrutierung Minderjähriger  
1937 lehnen wir ab. Auch nach dem Ausscheiden aus dem Dienst muss klar sein: Wer  
1938 bereit war, sein Leben für den Frieden einzusetzen, hat unsere Aufmerksamkeit  
1939 und Unterstützung verdient.

1940 Um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sicherzustellen, muss sie personell  
1941 und materiell gut ausgestattet sein. Statt den aus guten Gründen seit 2011  
1942 ausgesetzten, allgemeinen Grundwehrdienst wieder einzuführen wollen wir den  
1943 freiwilligen Wehrdienst und die Reserve für eine breite Zielgruppe attraktiver  
1944 machen und durch gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für Soldat\*innen Personal  
1945 langfristig binden. Neben den notwendigen Investitionen braucht es auch  
1946 strukturelle Reformen. Dazu gehören etwa die bessere Vereinbarkeit von Familie  
1947 und Beruf, Bürokratieabbau, eine angemessene Ausrüstung und  
1948 Fortbildungsmöglichkeiten. Für den potenziellen Verteidigungsfall braucht es  
1949 schnelle Rekrutierungsmechanismen – unterstützt durch eine neue Form der  
1950 Wehrrfassung, die auch den Zivil- und Heimatschutz stärkt. Darüber hinaus  
1951 wollen wir die Kooperation von Streitkräften innerhalb der EU und NATO zur Regel  
1952 machen, beispielsweise durch ständige multinationale Einheiten.

1953 Wir wollen unsere Verteidigungsfähigkeit sicherstellen und unsere Bundeswehr  
1954 mithilfe einer leistungsfähigen europäischen Rüstungsindustrie gut und modern  
1955 ausstatten. Ineffiziente Doppelstrukturen unter EU-Mitgliedstaaten wollen wir  
1956 zugunsten gemeinsamer Entwicklung, Produktion und Beschaffung von Rüstungsgütern  
1957 abbauen und unsere technologische Souveränität durch den Ausbau europäischer  
1958 Produktionskapazitäten stärken. Dafür braucht es finanzielle Anreize, gemeinsame  
1959 Investitionen und den politischen Willen, um nationale industriepolitische  
1960 Interessen in den Dienst von mehr gemeinsamer Sicherheit zu stellen. Angesichts  
1961 der Bedrohungslage ist es leider notwendig, dass wir und viele unserer  
1962 Verbündeten weltweit noch mehr in Sicherheit investieren, um uns vor  
1963 Aggressionen und Krieg zu schützen. Ein bedarfsorientierter europäischer  
1964 Rüstungsmarkt und eine restriktive gemeinsame Exportpolitik sind deshalb zwei  
1965 Seiten einer Medaille. Eine verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik trägt zum  
1966 Schutz unser Partner bei und verhindert zugleich, dass mit deutschen und  
1967 europäischen Waffen Menschenrechte verletzt und autokratische oder diktatorische

1968Regimes unterstützt werden. Mit diesem Ziel wollen wir klare, transparente und  
1969an Menschenrechten, unseren Werten und Sicherheitsinteressen orientierte  
1970Kriterien für Rüstungsexporte auf nationaler und europäischer Ebene stärker  
1971gesetzlich verankern – mit vorangehenden Risikoanalysen, einklagbaren  
1972Sanktionsmöglichkeiten und Endverbleibskontrollen. Bei jeder  
1973Einzelfallentscheidung muss Deutschland seinen nationalen und internationalen  
1974rechtlichen Verpflichtungen nachkommen.

### 1975 **Für globalen Klimaschutz**

1976Die Klimakrise ist eine der größten Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts: Sie  
1977zerstört Lebensgrundlagen, verstärkt Konflikte und zwingt Menschen zur Flucht.  
1978Sie birgt enorme menschliche und wirtschaftliche Kosten. Es ist in unserem  
1979unmittelbaren Interesse, die Klimakrise und ihre Folgen abzumildern.

1980Viele Staaten haben die Chancen ambitionierter Klimapolitik erkannt: Die  
1981Energiewende und nachhaltige Technologien stabilisieren nicht nur das Klima, sie  
1982schaffen auch massive und nachhaltige wirtschaftliche Wachstumsmöglichkeiten.  
1983Mit konsequenter Klimapolitik hierzulande und effektiver Klimaaußenpolitik  
1984machen wir Deutschland zum Vorreiter und unterstützen gleichzeitig andere  
1985Staaten auf ihrem Weg zu klimaneutralem Wohlstand.

1986Im Rahmen der Klimakonferenzen haben wir trotz widrigster Umstände erfolgreich  
1987für eine Abkehr von den fossilen Energien gestritten, die Energiewende  
1988beschleunigt und Klimagerechtigkeit entschieden vorangetrieben. Wir haben  
1989gezeigt: Es macht einen Unterschied, wenn Grüne am Verhandlungstisch sitzen.  
1990Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

1991Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland und Europa ihren fairen Beitrag zur  
1992internationalen Klimafinanzierung leisten, entsprechend der Beschlüsse der  
1993internationalen Klimakonferenz COP.  
1994Dafür wollen wir innovative Finanzierungsinstrumente nutzen und gemeinsam mit  
1995unseren Partnern darauf hinwirken, dass Investitionen und Handelsbeziehungen mit  
1996den Zielen der Klimaneutralität und der Agenda 2030 in Einklang gebracht werden.  
1997Wir tragen dazu bei, dass sich multilaterale Banken aus der Finanzierung  
1998fossiler Energieträger zurückziehen. Im Sinne der Klimagerechtigkeit gilt  
1999besondere Unterstützung den vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten und  
2000Gemeinschaften, gerade in Afrika und den kleinen Inselentwicklungsstaaten. Dabei  
2001setzen wir uns dafür ein, die Rechte und Beteiligung indigener Völker  
2002ressortübergreifend zu stärken.

2003Entsprechend der Beschlüsse der Weltnaturkonferenzen und Weltklimakonferenzen  
2004wollen wir globalen Klima- und Biodiversitätsschutz enger miteinander verzahnen.  
2005Wir unterstützen unsere Partner beim Schutz bedeutsamer Ökosysteme, die große  
2006Mengen CO<sub>2</sub> einspeichern und schützen so Biodiversität, Klima und unsere  
2007Lebensgrundlagen gleichermaßen.

2008Wir nutzen die Chancen einer ambitionierten Klimapolitik auch für unsere  
2009Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik. Dabei setzen wir auf Instrumente wie  
2010die Außenwirtschaftsförderung oder das dichte Netz an Klima-, Energie- und

2011Entwicklungspartnerschaften mit mittlerweile über 30 Ländern im Globalen Norden  
2012und Süden. Wir setzen uns dafür ein, dass in diesem Rahmen auch  
2013Technologiepartnerschaften mit unseren Unternehmen geschlossen werden. Dazu  
2014gehört, dass Know-how transferiert wird und lokale Produktionskapazitäten  
2015aufgebaut werden, auch um zu verhindern, dass durch andere Kräfte neue, fatale  
2016Abhängigkeiten entstehen. Zugleich wollen wir von Ländern lernen, die uns bei  
2017der dezentralen Energiewende voraus sind. Klimaaußenpolitik kann auch Brücken zu  
2018Partnern bauen, die nicht alle unsere Werte teilen.

### 2019 **Für starke Partnerschaften und internationale Gerechtigkeit**

2020Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global. Wir gehen sie an durch  
2021internationale Partnerschaften in gegenseitigem Interesse: für Klima und  
2022Biodiversität, für globale Gesundheit, für nachhaltigen Wohlstand, für  
2023menschliche Sicherheit und für Menschenrechte. Damit stellen wir nicht zuletzt  
2024ein dringend benötigtes glaubhaftes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere  
2025Chinas und Russlands.

2026Wir stehen zu unserer historisch gewachsenen Verantwortung für die ärmsten  
2027Länder und der Verwirklichung sowie Weiterentwicklung der Agenda 2030 für  
2028nachhaltige Entwicklung. Es braucht einen Endspurt und ambitionierte Folgeziele.  
2029Unser Ansatz dafür ist feministisch, inklusiv und dekolonial. Wir wollen eine  
2030eigenständige Entwicklungspolitik, die strukturelle Ungerechtigkeiten abbaut und  
2031weltweit gleichberechtigte Partnerschaften gestaltet. Dazu gehört auch ein  
2032Entwicklungsministerium, das verstärkt mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und  
2033der Diaspora kooperiert sowie eine starke, partizipativ orientierte  
2034entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit im Inland.

2035Wir unterstützen Länder des Globalen Südens bei ihrem Streben nach gerechter  
2036Repräsentation in internationalen Organisationen – nur so bleiben multilaterale  
2037Foren zukunftsfähig. Reformen bei den internationalen Finanzinstitutionen  
2038treiben wir voran und gestalten Handelsabkommen fair und nachhaltig. Wir setzen  
2039uns für regelbasierte und gesetzlich flankierte Verfahren zur  
2040Schuldenrestrukturierung und Schuldenerlasse für besonders belastete Länder ein,  
2041um ihre Autonomie und Handlungsfähigkeit zu stärken. Daran arbeiten wir  
2042gemeinsam mit Partnern in der EU, den G20 und G7, internationalen  
2043Organisationen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft.

2044Wir wollen das Recht auf Wasser und Nahrung verwirklichen. Dafür fördern wir  
2045beispielsweise agrarökologische Ansätze, beenden den Export von Pestiziden und  
2046Pestizidwirkstoffen, die bei uns aufgrund von Umwelt- und Gesundheitsrisiken  
2047nicht zugelassen oder verboten sind, schützen Landrechte von Kleinbäuer\*innen  
2048und unterstützen wirksame Mechanismen gegen exzessive Finanzmarktspekulationen  
2049mit Wasser, Land und Lebensmitteln. Die Covid-19-Pandemie und weltweit  
2050zunehmende Antibiotikaresistenzen zeigen, dass Gesundheit globale und  
2051vorausschauende Zusammenarbeit erfordert. In diesem Sinne wollen wir  
2052Partnerländer im Aufbau ihrer Gesundheitssysteme unterstützen, die  
2053Weltgesundheitsorganisation stärken und ein internationales Pandemieabkommen  
2054vorantreiben. Alle Menschen sollen Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten,

2055Impfstoffen und Tests erhalten. Deswegen fördern wir aktiven Technologie- und  
2056Wissenstransfer sowie das Teilen von geistigem Eigentum wo nötig, um diese  
2057Gesundheitsprodukte kosteneffizienter und bedarfsgerechter zu produzieren. Wir  
2058unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme als nachhaltiges Instrument  
2059gegen Armut.

2060Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine internationalen Zusagen einhält  
2061und mindestens, die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
2062Entwicklung (OECD) und den Vereinten Nationen vereinbarte Quote von 0,7 Prozent  
2063des Bruttonationaleinkommens in Entwicklungszusammenarbeit investiert und davon  
20640,2 % für die sogenannten am wenigsten entwickelten Länder zur Verfügung stellt.  
2065Darüber hinaus stellen wir zusätzliche Mittel für die internationale Klima- und  
2066Biodiversitätsfinanzierung bereit und setzen uns für ambitionierte neue  
2067Finanzierungsziele für die Verwirklichung der Agenda 2030 ein. Um zur Deckung  
2068des massiven Investitionsbedarfs beizutragen, wollen wir zusätzliche Mittel  
2069mobilisieren und dafür auch den deutschen Entwicklungsbanken einen verstärkten  
2070Zugang zum Kapitalmarkt ermöglichen, insbesondere durch die Erhöhung des  
2071Gewährleistungsrahmens des Bundes. Dabei wollen wir wirksame Anreize setzen, um  
2072neben öffentlichen Geldern auch private Mittel zu mobilisieren.  
2073Wirkungsorientierung und Kohärenz sind der Anspruch unseres gesamten  
2074internationalen Handelns.